



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

DStGB-Positionen zur Gesundheitspolitik:

## Kommunale Konzepte im Visier

Deutschland verfügt über ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. „Jedoch sind die Ärzte ungleich verteilt“, beklagt der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einem aktuellen Positionspapier zur Gesundheitspolitik. Von Unterversorgung betroffen seien vor allem strukturschwache ländliche Gebiete, aber auch Stadtteile größerer Städte mit einer schwierigen Sozialstruktur. Ohne Gegenmaßnahmen werde sich diese Ungleichverteilung noch weiter verschärfen, so der DStGB.

„Gerade unter dem Gesichtspunkt einer stetig steigenden Lebenserwartung wird in Zukunft die Notwendigkeit einer flächen-deckenden Grundversorgung noch bedeutender werden“, heißt es in dem Papier. Um diese sicherzustellen, gebe es keinen Königsweg. Notwendig seien Aktionspläne unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten. Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) sind laut DStGB verpflichtet, die ärztliche Versor-

Gemeinden festgelegte Planungsbereiche erreicht werden, was aufgrund der gesetzlichen Vorgaben bereits möglich und gewollt ist.

### Unverzichtbare Aufgabe der Daseinsvorsorge

Sollten die rechtlichen Vorgaben noch nicht ausreichend sein, müssten die Planbezirke neu geregelt werden. Die gesundheitliche Versorgung sei wie die Kin-

derbetreuung eine unverzichtbare Aufgabe der Daseinsvorsorge, die gewährleistet werden muss. Um einen derartigen Rechtsanspruch zu erfüllen, könnten auch Alternativen zur Einzelpraxis in Betracht kommen, z. B. eine Zweigpraxis, Praxisgemeinschaften oder Berufsausübungsgemeinschaften. „Auf jeden Fall sollten den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene Mitsprachemöglichkeiten und Mitwirkungsbefugnisse in den Beschluss-gremien eingeräumt werden.“

Kommunen sollten nach Auffassung des DStGB bei der Arztwerbung ein ähnliches Standortmarketing betreiben wie bei der Ansiedlung von Betrieben und Unternehmen.

### Frühzeitiger Aktionsplan in Kooperation mit den Kommunen

Dazu gehören, einen frühzeitigen Aktionsplan bei drohender Schließung einer Arztpraxis mit den Kassenärztlichen Vereinigungen zu entwerfen. „Dies kann und sollte in enger Kooperation mit den umliegenden Kommunen und dem Landkreis erfolgen.“ Als Maßnahmen kämen in Betracht: Stipendien für Studenten mit späterer Niederlassungsverpflichtung, Förderung von medizinischen Praktika im Ort, Ankauf von geeigneten Immobilien für eine Praxis, Darlehen für den Betrieb, Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche für Familienangehörige der Ärztin oder des Arztes, Hilfe bei der Kinderbetreuung, Ermöglichung von Teilzeitarbeit sowie die Kooperation mit

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Veranstalter Prof. Holger Magel, Silke Franke und Prof. Ursula Männle mit den Rednern Franz Josef Pschierer und Markus Blume. Bild: Thomas Reiner, HSS

### Digitalisierung:

## Neue Plattformen für Beteiligung und Demokratie?

Kolloquium von Bayerischer Akademie Ländlicher Raum und Hanns-Seidel-Stiftung

Wie verändert sich die digitale Gesellschaft? Lassen sich Menschen im digitalen Raum wirklich zu (politischer) Teilhabe gewinnen? Welchen Plan verfolgt die Bayerische Staatsregierung im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung? Mit Fragen wie diesen befasste sich unter anderem ein gemeinsames Kolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns Seidel Stiftung in München.

„Wenn die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit immer mehr niedriger werden, muss meines Erachtens noch viel mehr und zwar offen, kritisch-konstruktiv darüber geredet werden!“, unterstrich Akademie-Präsident Prof. Holger Magel in seiner Einführung. Ob die Digitalisierung zu höherer Lebensqualität beiträgt wie das Ifo Institut für Wirtschaftsforschung verheißt oder gar zu gleichwertigen Lebensbedingungen, bleibe abzuwarten, erklärte Magel und ergänzte: „Es wäre schon sehr viel

gewonnen, wenn eine alle digitalen Möglichkeiten verantwortungsvoll nutzende Aktive Bürgergesellschaft im Sinne der von Alois Glück angemahnten Neuen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Wirtschaft und Bürgern künftig noch selbstbestimmter, demokratischer und wertebewusster ihre Lebensräume entwickeln kann.“

### „One opinion, x votes“

Früher, so machte Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer deutlich, beschränkte sich die Teilhabe am politischen Prozess darauf, alle paar Jahre Kreuze auf einem Wahlzettel zu machen, in eine Partei einzutreten oder einen Leserbrief schreiben und gespannt zu warten, ob er denn auch abgedruckt wird. All dies sei auch heute noch wichtig und richtig, doch das Internet biete nun weitaus vielfältigere Möglichkeiten, seine Meinung jederzeit und von überall aus kund zu tun, ob über E-Petitionen, Kommentarspalten oder Blogs. Pschierer: „Der Zu-

gang zur Politik ist niederschwelliger geworden“. Eigentlich ein gutes Zeichen für Demokratie.

### Gekaufte Likes und Follower

Doch während beim Wählen das Prinzip „one man, one vote“ gilt, heiße es im Internet „one opinion, x votes“. Der Staatssekretär verwies auf die Gefahr, dass die



Fassungslos zeigt sich der Bürgermeister über die Kauforgien mancher junger Eltern schon bei der Babyausstattung. So leisten Kinder bereits frühzeitig ihren Beitrag zu Repräsentation und Status von Mama und Papa, meint die Vorzimmerperle. Seite 11

**GZ-BreitbandForum am 9. 11.**  
 Tagungsort: ESKARA Arena Essenbach  
 Am 9. November 2017 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 5. Bayerischen Breitbandforum in die ESKARA Arena in Essenbach bei Landshut ein. Ziel ist es, den Fachbesuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen. Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden. Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei. Mehr Infos unter: [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

gung sicherzustellen. Soweit dies nicht erfüllt wird, sollte der Gesetzgeber einen entsprechenden Rechtsanspruch zugunsten der Kommunen einführen. Dies könnte unter anderem über kleinteilige, auf einzelne Städte und

### Kritikpunkte des Bayerischen Gemeindetags:

## Politische Augenwischerei

„Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen“ lautet das Motto eines Volksbegehrens, das Grüne, ÖDP und die alternative Bauernorganisation aBL initiiert haben. Bis Ende des Jahres sollen die notwendigen 25.000 Unterschriften für die Zulassung gesammelt sein. Aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags ist die beabsichtigte Festschreibung eines Flächenverbrauchs in den Gemeinden auf durchschnittlich 5 Hektar pro Tag ab dem Jahr 2020 „politische Augenwischerei, in der Praxis undurchführbar und darüber hinaus verfassungswidrig“.

Wie Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München erläuterte, beinhalte die verfassungsrechtlich garantierte Planungshoheit als Ausfluss der kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte, dass jede Kommune über die Bebaubarkeit ihres Gemeindegebiets selbst entscheiden darf. Eine gesetzliche Begrenzung auf festgelegte Flächengrößen würde dieses verfassungsrechtlich garantierte Recht aushöhlen und bei vielen Gemeinden und Städten zu einem faktischen Stillstand kommunaler Planung führen. „Das würden wir niemals ak-

zeptieren“, stellte Brandl klar. Bayerns Stadt- und Gemeinderäte entschieden seit jeher verantwortungsbewusst, ob, wie und wo im Stadt- oder Gemeindegebiet gebaut werden soll.

### Gegen staatlichen Dirigismus

Nur wer die örtlichen Verhältnisse kennt, habe das Recht, über die Gestaltung der Heimat zu entscheiden. „Wir brauchen keinen staatlichen Dirigismus von oben, der die Gemeinde- und Stadträte faktisch entmachten würde.“ Der Gemeindetagschef verwies

darauf, dass die mit dem Volksbegehren verfolgten Regelungen im Bayerischen Landesplanungsgesetz viel zu schwammig seien und der Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts widersprächen, wonach „wesentliche Entscheidungen“ durch den Gesetzgeber selbst getroffen werden müssen und nicht an die Verwaltung delegiert werden dürfen. Genau dies sehe der dem Volksbegehren zugrundeliegende Gesetzentwurf aber vor.

### Bündnis zum Flächensparen

Die Gemeinden nutzen Brandl zufolge im ureigensten Interesse die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente, um Flächen zu sparen, Innenentwicklung und Nachverdichtung zu fördern sowie bauliche Leerstände zu reaktivieren. Der Bayerische Gemeindetag stehe zum „Bündnis zum (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

### Sie lesen in dieser Ausgabe

Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern	Seite 2
Landeskongress der Bayerischen Sicherheitswacht	2
Freistaat bietet digitales Bezahlen an	2
<b>GZ-Kolumne Josef Mederer:</b>	
Erhöhter Finanzbedarf bei den Bezirken	3
Neues Positionspapier zu Öffentlichen Bibliotheken	3
15. Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen	3
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
Breitband	5 / 6
EDV · IT in Kommunen	7 - 9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

## 24. Versammlung des Landesfeuerwehrverbands:

## Herrmann gibt Startschuss für Nachwuchskampagne

Die Bayerische Staatsregierung will den hohen Standard bei der Ausbildung und Ausrüstung der Feuerwehren noch weiter verbessern. Dazu dienen verschiedene Förder- und Sonderinvestitionsprogramme sowie eine vom Freistaat unterstützte Nachwuchskampagne der bayerischen Feuerwehren, mit der vor allem neue junge Mitglieder gewonnen werden sollen. Dies erklärte Innenminister Joachim Herrmann auf der 24. Versammlung des Landesfeuerwehrverbands in Altötting anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Aktionswoche, die unter dem Motto „Begegnen-Bewegen-Bewirken“ stand.

Für Herrmann hat die Nachwuchsgewinnung und -förderung bei der Feuerwehr nach wie vor einen hohen Stellenwert. Daher stelle der Freistaat seit 2011 jährlich 275.000 Euro für die Nachwuchskampagnen des Landesverbands zur Verfügung. Des Weiteren laufe ab Oktober ein neues Sonderförderprogramm an, das für die rund 50.000 jungen Feuerwehrwärter einen Zuschuss für die Beschaffung von Berufskleidung gewähre. Dadurch erhielten die Gemeinden künftig 50 Euro für jeden Anwärter bei der Anschaffung von Schutzbekleidung. Zudem habe der Bayerische Landtag im Juni auf seinen Vorschlag hin die Verankerung der Kinderfeuerwehren im Feuerwehrgesetz beschlossen.

### Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze

Ebenso wichtig wie diese Initiative ist für den Minister auch die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze im aktiven Feuerwehrdienst vom 63. auf das vollendete 65. Lebensjahr. Aufgrund des hohen medizinischen Versorgungsniveaus seien die Menschen auch im Alter noch fit und belastbar. Sie könnten durch ihre Fertigkeiten und langjährige Erfahrung noch wichtige Beiträge in den Feuerwehren leisten.

Beim Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen und dem Bau von

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Hiebl  
84576 Teising  
am 3.10.

Bürgermeister Erich Kuhn  
63936 Schneeberg  
am 5.10.

Bürgermeister Karl Hendlmeier  
84332 Hebertsfelden  
am 10.10.

Bürgermeister  
Werner van der Weck  
85622 Feldkirchen  
am 11.10.

Bürgermeister Johann Jurgovsky  
93089 Aufhausen  
am 11.10.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Böhm  
86857 Hurlach  
am 1.10.

Bürgermeister Walter Friedrich  
91743 Unterschwaningen  
am 3.10.

Bürgermeister Hans Popp  
91732 Merkendorf  
am 6.10.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Schopper  
92715 Püchersbach  
am 7.10.

Bürgermeisterin Eva John  
82319 Starnberg  
am 29.9.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Schenk  
97246 Eibelstadt  
am 9.10.

**Hinweis in eigener Sache**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Innenminister an, die drei staatlichen Schulen intensiv zu fördern. Dazu sollen diese kontinuierlich ausgebaut werden.

### Zeitgemäße Infrastruktur

Allein seit 2009 habe der Freistaat über 60 Millionen Euro in eine zeitgemäße Infrastruktur investiert. So habe z.B. die Schule in Geretsried ein neues Sozialgebäude mit Fahrzeughalle erhalten. Ebenso sei bereits ein neues Lagerhaus mit vielfältigen Übungsmöglichkeiten in Betrieb. „Eine gute Feuerwehrausbildung ist eine starke Investition in die Sicherheit“, erklärte Herrmann abschließend.

Im Rahmen der Aktionswoche fanden bayernweit zahlreiche Veranstaltungen wie z.B. Einsatzübungen, Ausbildungs- und Informationsveranstaltungen sowie „Tage der offenen Tür“ statt. **rm**

### Ausbau der Feuerwehrausbildung

Zur weiteren Stärkung der Feuerwehrausbildung kündigte der

### Landeskonferenz der Bayerischen Sicherheitswacht:

## Ausbau beschlossen

Die im April 1994 ins Leben gerufene und nach erfolgreichem Pilotversuch seit 1997 fest installierte Bayerische Sicherheitswacht soll deutlich ausgebaut werden. Dazu soll die Zahl der Sicherheitswächter von derzeit 870 bayernweit auf 1.500 aufgestockt werden. Nicht zuletzt im Interesse eines erhöhten Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung sollen alle Kommunen die Einrichtung einer Sicherheitswacht vor Ort prüfen. Dies erklärte Innenminister Joachim Herrmann im Rahmen ihrer Landeskonferenz in München.

Nach Herrmanns Worten hat sich die Bayerische Sicherheitswacht außerordentlich bewährt und ist die ideale Einrichtung, wenn sich Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl einsetzen wollen. Um deren Attraktivität zu steigern, zählte der Innenminister eine Reihe von Verbesserungen auf. So sei das Höchstalter von 65 auf 67 Jahre angehoben worden. Außerdem könnten jetzt Interessenten bis zum 62. Lebensjahr der Sicherheitswacht beitreten. Darüber hinaus habe man die monatliche Mindesteinsatzzeit von 15 auf fünf Stunden reduziert. Dies erhöhe die Flexibilität der Mitglieder.

### Verbesserungen

Weitere Verbesserungen gebe es bei der Ausrüstung sowie der Aus- und Fortbildung. So sollen die Sicherheitswachtstreifen künftig mit modernen einheitlichen Einsatzjacken ausgestattet werden. Dabei gehe es vor allem um eine hohe Funktionalität und gute Erkennbarkeit. Zudem würden die Wächter mit einer modernen Hörsprechgarnitur für das Funkgerät ausgestattet. Schließlich werde zur besseren Vorbereitung auf den Einsatz der Sicherheitswachtstreifen die Einrichtung von Präsidiumsübergreifenden Aus- und Fortbildungsverbindungen geprüft. Die Durchführung der Ausbildung erfolge durch erfahrene Polizisten der örtlichen Polizeidienststellen.

Laut Herrmann besteht die Bayerische Sicherheitswacht aktuell aus 108 Einheiten in 131 der 2.056 Städte und Gemeinden des Landes. Ihr gehörten 870 Mitglieder an, davon 302 Frauen. Dabei seien die Sicherheitswachtstreifen vor allem auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in den Fußgängerzonen sowie in Parks unterwegs. Deren Präsenz erhöhe das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und helfe in enger Zusammenarbeit mit der Polizei bei der Vermeidung von Vandalismus und Ordnungsstörungen. Zudem seien Beobachtungen der Sicherheitswacht für die Polizei oft hilf-

reich, Straftaten wie Ladendiebstahl, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen aufzuklären.

### Appell an die Kommunen

Die Sicherheitswächter seien weder Hilfspolizei noch Bürgerwehr, betonte der Innenminister. Vielmehr würden sie bei verdächtigen Vorkommnissen sofort die Polizei informieren. Selbst eingreifen sollten die Angehörigen der Sicherheitswacht nur in Ausnahmefällen, z.B. um in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen. Herrmann appellierte erneut an alle Kommunen, sich die Gründung einer Sicherheitswacht zu überlegen. **rm**

## Besser essen in Bayerns Kindergärten

### Brunner präsentiert Leitlinien für die Kitaverpflegung

Zum Start des Kindergartenjahrs hat Ernährungsminister Helmut Brunner Leitlinien für die Kitaverpflegung vorgestellt. Sie sollen den Verantwortlichen als Orientierungshilfe für ein rundum gelungenes Essensangebot dienen.

„Mit unseren Leitlinien zeigen wir, wie eine gesunde und ausgewogene Ernährung auch in den Tageseinrichtungen zum Standard werden kann“, so der Minister. Dafür sollen laut Brunner nicht nur mehr Gerichte aus regionalen und saisonalen Produkten auf den Tisch kommen, sondern auch die Esskultur und die Wertschätzung für Lebensmittel gefördert werden. „Was und wie Kinder täglich essen, spielt eine große Rolle für Wachstum, Gesundheit und Wohlbefinden, aber auch für die langfristige Entwicklung des Ernährungsverhaltens“, so der Minister. Laut Brunner essen in Bayern täglich fast 375 000 Kinder in den Kindertageseinrichtungen zu Mittag.

Die neuen Leitlinien wurden von Ernährungsexperten und erfahrenen Praktikern gemeinsam erarbeitet. „Ziel war es, die Leitgedanken von Gesundheit, Genuss, Qualität sowie regionaler und saisonaler Herkunft möglichst realistisch, praktikabel und bezahlbar in den Kitaküchenalltag umzusetzen“, so der Minister. Ab sofort wird auch das erfolgreiche Coaching-Projekt Kitaverpflegung auf die neuen Leitlinien ausgerichtet. Bei der gerade gestarteten siebten Runde werden bayernweit 47 Kindertageseinrichtungen dabei unterstützt, ihr Verpflegungsangebot zu verbessern. Ernährungsexperten von den Fachzentren Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung coachen die ausgewählten Einrichtungen während des ganzen Kindergartenjahrs. Darüber hinaus bieten die Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung für Schulkinder und Kitaküchen Workshops zur Nachhaltigkeit und Speiseplanung. Detailinformationen zu den neuen bayerischen Leitlinien und dem Coaching-Projekt sind im Internet unter [www.ernaehrung.bayern.de](http://www.ernaehrung.bayern.de) zu finden. **□**

## Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern

Familienministerin Müller: „Millionenschweres Investitionsprogramm startet“  
Erste Förderung geht nach Schwaben“

Der Freistaat Bayern startet ein Investitionsprogramm zur Schaffung neuer Kitaplätze. Die Gemeinden erhalten aus Mitteln des Bundes einen Aufschlag von bis zu 35 Prozent auf die reguläre Förderung. Als erstes profitiert davon der Landkreis Dillingen an der Donau: „Ich freue mich sehr, dass im Kinderhaus am Bahnhof in Lauingen 12 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren entstehen. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt über 230.000 Euro“, so Bayerns Familienministerin Emilia Müller.

Zu dem Investitionsprogramm erklärte die Ministerin: „Das Programm kommt zur rechten Zeit: die Geburtenzahlen steigen. Wir wollen aber auch inklusive Einrichtungen ausbauen und dem Be-

treuungsbedarf von Flüchtlingskindern gerecht werden. Insgesamt stehen 178 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, mit denen wir die reguläre staatliche Förderung erheblich verstärken können.“ So erhalten Kommunen künftig durchschnittlich 85 Prozent statt der regulären 50 Prozent ihrer förderfähigen Investitionskosten erstattet.

Seit 2008 sind rund 80.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren entstanden. Insgesamt standen dafür 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Mit Blick in die Zukunft verdeutlichte Müller: „Wir wollen eine maßgeschneiderte Kinderbetreuung in allen Teilen Bayerns und höchste Qualität in den Kindertageseinrichtungen. Das vierte Investitionsprogramm ist ein Baustein dazu.“ Anträge können bis zum 31. August 2019 bei den zuständigen Regierungen gestellt werden. **□**



Blaulichtempfang in Mühldorf am Inn. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (3. v. l.) übergab 83 neue Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes. Rechts im Bild: Staatskanzlei-Minister Dr. Marcel Huber. Aufnahme: Christoph Schedensack

## Weitere 15,3 Millionen Euro für Katastrophenschutz

### Innenminister Herrmann übergibt 83 neue Einsatzfahrzeuge

Für Innenminister Joachim Herrmann hat die Sicherheit der Bevölkerung in Bayern einen sehr hohen Stellenwert. Um diese zu gewährleisten sei u. a. auch ein gut ausgerüsteter und starker Katastrophenschutz erforderlich. In diesem Jahr habe der Freistaat mehr als 9,7 Millionen Euro für eine moderne Ausrüstung der bayerischen Einsatzorganisationen ausgegeben, erklärte der Minister anlässlich der Übergabe von 83 neuen Einsatzfahrzeugen für den Katastrophenschutz.

Laut Herrmann unternehme der Freistaat im Katastrophenschutz schon seit vielen Jahren große Anstrengungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, was das im Doppelhaushalt 2009/2010 aufgelegte mehrjährige Beschaffungs- und Inve-

stitionsprogramm mit einem Volumen von 40 Millionen Euro belege. Dadurch sei bereits in den vergangenen Jahren die Ausstattung des Katastrophenschutzes weiter verbessert worden. Hier von profitierten insbesondere die Menschen in Notfällen.

Darüber hinaus habe die Staatsregierung ein neues „Sonderinvestitionsprogramm Hochwasser“ ins Leben gerufen, mit dem eine optimale Ausrüstung zur Bekämpfung von Hochwasser gewährleistet werde. Aus diesen beiden Programmen resultierten die 9,7 Millionen Euro für die Anschaffung moderner Fahrzeuge. Zu den Neuanschaffungen gehörten u. a. 19 Mannschaftstransportwagen der Wasserrettung samt Anhängern sowie ver-

schiedene Gerätewagen. Zudem seien mit Bundesmitteln von mehr als 5,6 Millionen Euro für den Zivilschutz u.a. fünf Gerätewagen für Dekontaminations-einsätze, acht Löschgruppenfahrzeuge sowie 14 Schlauchwagen des Katastrophenschutzes finanziert worden, führte Herrmann weiter aus.

Schließlich verwies der Innenminister noch auf die positive Entwicklung der Personalsituation in Bayern, wo inzwischen rund 470.000 Einsatzkräfte bei den Feuerwehren, den freiwilligen Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk ihren Dienst leisteten. Davon seien ca. 450.000 Helfer ehrenamtlich tätig, womit Bayern eine Spitzenquote einnehme. Bei ihren Einsätzen hätten die Hilfskräfte stets mit großem Engagement agiert und auch in den schwierigsten Situationen Augenmaß sowie besonnenes, aber auch konsequentes Handeln bewiesen, hob Herrmann hervor. **rm**

### Finanzminister Dr. Markus Söder:

## Freistaat bietet digitales Bezahlen an

### Weiterer Schritt für die Verwaltung rund um die Uhr

„Bayern ist Vorreiter im Bereich eGovernment in Deutschland. Wir wollen, dass Behörden-gänge zukünftig rund um die Uhr und von überall über das Internet möglich werden - dazu gehört auch eine sichere und moderne digitale Bezahlmöglichkeit“, sagte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder, der auch CIO (Chief Information Officer) des Freistaats Bayern ist, beim Start des erweiterten Service im Bereich ePayment. Der Freistaat bietet ab sofort die digitale Bezahlmöglichkeit über den ePay-Service an, der zusammen mit T-Systems fortentwickelt wurde. „Damit lassen sich Zahlungen für die staatlichen Behörden und Ministerien einfach, schnell und si-

cher abwickeln“, hob Söder hervor. Bayern wird zur Leitregion des digitalen Aufbruchs.

Über den erweiterten Basisdienst können digitale Leistungen und Angebote auch gleich digital abgerechnet werden, die die staatlichen Behörden im Freistaat Bayern über ihre Webshops anbieten. Bislang war lediglich digitales Bezahlen per Kreditkarte möglich. Nunmehr wurde das Online-Bezahlverfahren PayPal zusätzlich in ePayService integriert. „Eine enorme Vereinfachung für die Bürgerinnen und Bürger bei der Nutzung des zunehmend umfangreicheren Online-Service-Angebots der Verwaltungen“, betonte Söder. **□**

Neues Positionspapier zu Öffentlichen Bibliotheken:

## Starke Vermittler für kommunale Bildung und Kultur

In einem aktuellen Positionspapier des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Deutschen Bibliotheksverbandes werden Leitlinien und Hinweise zur Weiterentwicklung Öffentlicher Bibliotheken dargestellt und die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Bibliothek bekräftigt. Demografischer Wandel, Digitalisierung und Migration stellen demnach sowohl die Kommunen als auch die Kultur- und Bildungseinrichtungen vor große Herausforderungen. Um eine zeitgemäße und auch flächendeckende Bibliotheksinfrastruktur aufrecht zu erhalten, sei eine solide Finanzausstattung nötig. Gerade im ländlichen Raum stellen Öffentliche Bibliotheken häufig die einzige nicht-kommerzielle Bildungs- und Kultureinrichtung dar.

Mit rund 118 Millionen Besuchern sind öffentliche Bibliotheken die meistgenutzten Kultur- und Bildungseinrichtungen in Deutschland. Mit 348.000 Veranstaltungen pro Jahr stellen sie den Spitzenreiter bei Literatur- und Leseförderaktionen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Mit der Ausleihe von jährlich ca. 355 Millionen Büchern und Medien (Deutsche Bibliotheksstatistik 2014) bieten Bibliotheken nicht nur die Grundlage für Leseförderung, sondern auch für Aus- und Weiterbildung und für das Lebensbegleitende Lernen. Neben ihrer Aufgabe der breiten, niederschweligen Buch-, Medien- und Informationsversorgung tragen sie entscheidend zur Sprach- und Leseförderung von Kindern und Jugendlichen bei und befördern die Integration vieler Menschen mit Migrationshintergrund und von Flüchtlingen. Sie arbeiten dazu auch eng mit Schulen, Kindergärten und den Einrichtungen der Erwachsenenbildung zusammen. Trotzdem sind sie aufgrund der seit Jahren schwierigen Finanzlage in ihrer Funktion gefährdet. Der Finanzbedarf kann besonders in finanzschwachen Städten oftmals nicht gedeckt werden.

### Zeitgemäße elektronische und mobile Angebote

Gerade in wirtschaftlich schwachen Regionen sind Bibliotheken oft die einzigen kulturellen Einrichtungen vor Ort mit Aufenthaltsqualität, die von allen Einwohnerinnen und Einwohnern genutzt werden können. Öffentliche Bibliotheken im ländlichen Raum sollten, so das Positionspapier, die eingeschränkten Mobilitätsmöglichkeiten der Bewohner zum Anlass nehmen, zeitgemäße elektronische und mobile Angebote bereitzustellen. Das von Wohnort und Öffnungszeiten weitgehend unabhängig nutzbare Angebot an elektronischen Medien sollte möglichst in einer Verbundlösung vorhanden sein.

Die Bereitstellung und elektronische „Ausleihe“ von E-Books in den öffentlichen Bibliotheken, die derzeit bereits von ca. 1.300 Bibliotheken angeboten wird, ist momentan nur begrenzt möglich. Öffentliche Bibliotheken können elektronische Medien nicht wie gedruckte Werke frei nach eigenen professionellen Kriterien auswählen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausleihe digitaler Medien sind nach Auffassung von Deutschem Städtetag, DStGB und Deutschem Bibliotheksverband daher so zu sichern bzw. anzupassen, dass öffentliche Bibliotheken der Bevölkerung auch in Zukunft freien Zugang zu Information und Kultur in gleicher Weise wie bei physischen Medien gewährleisten können.

Längerfristig könnten die öffentlichen Bibliotheken ihrer Aufgabe nur nachkommen, wenn jedes E-Book, das an Endkunden verkauft wird, auch von Bibliotheken erworben und ausgeliehen werden kann. Die Städte und Gemeinden ermöglichen über die von ihnen finanzierten öffentlichen Bibliotheken einkommensunabhängig allen Bürgern den Zugang zu allen Arten von

Büchern. Dies sollte nach gemeinsamer Auffassung der kommunalen Spitzenverbände und des dbv auch bei E-Books so bleiben. Daher haben sie die Bundesregierung aufgefordert, eindeutige Regelungen für faire Lizenzvergabemodelle und eine entsprechende Aktualisierung des Urheberrechts wie z. B. eine Ausweitung der Bibliothekstatieme vorzunehmen.

Drei bestimmende Rahmenbedingungen deuteten auf die Notwendigkeit einer nationalen Rahmenstrategie: Die fehlende strategische Verankerung der Bibliotheken als Teil der Bildungsinfrastruktur, das Fehlen einer koordinierten Innovations- und Entwicklungspolitik für das Bibliothekswesen in Deutschland sowie eine erschwerte Weiterentwicklung der Bibliotheken durch zunehmende Konkurrenz zwischen verschiedenen Politikfeldern um finanzielle Ressourcen.

### Verbindliche Basis in den Lehrplänen

Laut Kommunalverbänden und dbv sollte die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Bibliotheken und Schulen in den Lehrplänen auf eine verbindliche Basis gestellt werden. Als Bildungspartner für Schulen könnten Bibliotheken dazu beitragen, eine lebendige Lesekultur zu entwickeln, die Kinder und junge Erwachsene in die Lage versetzt, Medien kritisch und kreativ für ihre persönlichen, beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Interessen zu nutzen.

### 15. Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen:

## Dynamische und digitale Märkte

Der Megatrend Digitalisierung hat inzwischen alle Lebens- und Arbeitsbereiche erfasst. Was früher ein Gespräch unter vier Augen gebracht hat, wird heute oftmals per Smartphone erledigt. Für den Mittelstand und die kommunale Verwaltung bietet der Einzug digitaler Prozesse und Vernetzungen Herausforderungen, aber auch große Chancen zur Effizienzsteigerung und Zukunftsfähigkeit – ganz nach dem Motto der 15. Unternehmerkonferenz im NürnbergConventionCenter NCC: „Erkennen.Handeln.Zukunftsfähig bleiben“.

Den Rahmen der Unternehmerkonferenz bildeten unter anderem Impuls- und Keynote-Vorträge mit dem Chef-Volkswirt der BayernLB, Dr. Jürgen Michels, von Christoph Keese (Axel Springer) sowie dem Diplom Psychologen Dr. Hans-Georg Häusel. Daneben konnten sich die Teilnehmer aus einem breiten Themen-Spektrum an Fachvorträgen einen lohnenden Tagesablauf zusammenstellen.

### Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Auch in diesem Jahr legte die Unternehmerkonferenz wieder einen Schwerpunkt auf die Chancen in der Regionalentwicklung. Unter der Moderation von Andrea Bastian, Referentin Öffentliche und Institutionelle Kunden im Sparkassenverband Bayern, ging es in den Vorträgen um „Die Digitalisierung der öffentlichen

„Die Stärke öffentlicher Bibliotheken ist auch die Stärke ihrer Netzwerke“, heißt es in dem Papier. Wichtigste Partner seien Kindertagesstätten, Schulen, Volkshochschulen und Seniorenheime, aber auch Archive und Stadtmuseen. Bibliotheken begleiteten ihre Nutzer als einzige Institution dauerhaft durch ihre gesamte Bildungsbiografie. Um die Angebote optimal aufeinander abzustimmen, bedürfe es verbindlicher Regelungen und langfristiger Förderung. Für ein optimal vernetztes lokales bzw. regionales Bildungsangebot sollten Städte und Gemeinden die Kooperationen von öffentlichen Bibliotheken mit anderen lokalen bzw. regionalen Bildungs- und Kultureinrichtungen unterstützen.

### Sprachenvermittlung

Gerade im Bereich „Sprachenvermittlung“ für die Zielgruppe Migranten, Flüchtlinge, Menschen mit Leseschwäche und Alphabeten existieren bereits zahlreiche Kooperationen. Ziele der engeren Kooperation könnten die Verbesserung der räumlichen Situation, die Schaffung von Synergieeffekten, höhere Sichtbarkeit durch gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit oder die Schaffung größerer Kultur- und Bildungseinrichtungen sein. Dabei sei darauf zu achten, dass bei der Zusammenlegung dieser Bereiche beide Einrichtungen gleichberechtigte Partner sind.

Damit Bibliotheken auch künftig ihren Beitrag für Bürgerinnen und Bürger leisten können, sollten sie stärker in die bildungspolitischen Konzeptionen der Bundesländer und der Kommunen integriert und auch ihre Förderung neu ausgerichtet werden. Bund und Länder sollten insbesondere durch eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen für eine adäquate öffentliche Bildungsinfrastruktur sorgen, lautet die Forderung der kommunalen Spitzenverbände und des dbv. **DK**

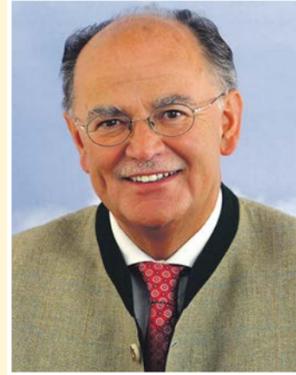
GZ

Kolumne  
Josef Mederer

### Liebe Leserinnen und Leser,

die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind derzeit größtenteils gut: Bund, Länder und Kommunen freuen sich über sprudelnde Steuereinnahmen und sind in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen und Schulden abzubauen. Dieser Eindruck wird zumindest erweckt, wenn man die Pressemitteilungen der vergangenen Monate liest. Auch die Trendmeldungen des statistischen Landesamts über die Umlagekraft für die bayerischen Kommunen scheinen diese Tendenz zu bestätigen. Je nach Bezirk werden Steigerungen zwischen 3,50 und 7,70 Prozent erwartet.

Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf der Ausgabenseite für die bayerischen Bezirke und insbesondere für den Bezirk Oberbayern enorme Belastungen zu verzeichnen sind. Alleine die Kostensteigerungen in den Kernbereichen,



lediglich 51,4 Millionen Euro, wenn die Ausgleichsmasse für Bayern in Höhe von 648,6 Millionen Euro nicht erhöht wird. Dies bedeutet, dass für Oberbayern nochmals 13,2 Millionen Euro weniger als 2017 zu erwarten sind, und das bei steigendem Kostendruck bei der Hilfe zur Pflege sowie der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Hier ist eine Erhöhung von Seiten des Freistaates dringend angezeigt.

Rücklagen stehen zumindest in Oberbayern nicht mehr zur Verfügung, um nochmals den Hebesatz nachhaltig stützen zu können. Entnahmen in 2016 in Höhe von knapp 65 Millionen Euro sowie gut 93 Millionen Euro 2017 haben die Rücklage auf gut 48 Millionen Euro abschmelzen lassen. Eine weitere Entnahme ist 2018 geplant, hiernach hat der Bezirk Oberbayern nur noch die gesetzliche Mindestrücklage in Höhe von 16 Millionen Euro – bei einem Gesamtetat von knapp 2 Milliarden Euro.

Außerdem entsteht für die Bayerischen Bezirke auch durch die geplante Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege ein erhöhter Finanzbedarf, den wir gegenfinanzieren müssen. Durch den Übergang der ambulanten Pflege werden die Landkreise und kreisfreien Städte direkt und unmittelbar entlastet.

Ebenfalls finanziell entlastet wurden die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte durch die bisherige Verteilung von 4 der 5 Milliarden Euro, die der Bund laut Koalitionsvertrag für die Eingliederungshilfe pro Jahr bereitstellen wird. Diese flossen bislang an den Bezirken vorbei: Vielmehr wurde damit die Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft sowie die Erhöhung des Gemeindeanteils am Umsatzsteuerertrag finanziert. Hinsichtlich der Kosten der Unterkunft partizipieren die Bezirke nicht einmal indirekt über die Umlagekraft. Wenn nun, wie im aktuellen Diskussionsstand vorgesehen, die Bezirke auch nicht bei der Verteilung der 5 Milliarden direkt entlastet werden, so ist bei einigen Bezirken kurz- und mittelfristig mit ansteigenden Hebesätzen zu rechnen. In Oberbayern wird dies leider bereits 2018 der Fall sein.

Der Kostendruck auf der Ausgabenseite ist zu stark, die Einnahmen vom Freistaat stagnieren bzw. sind nach der Verteilung in Oberbayern rückläufig und die Entlastungen durch den Bund gehen an den Bezirken vorbei. Eine gute und menschenwürdige Pflege, das Voranbringen der Inklusion und die Versorgung von jungen Volljährigen, die unbegleitet in die Bundesrepublik eingereist sind, kosten Geld, dessen muss sich jeder bewusst sein.

### Ihr Josef Mederer

Bezirkstagspräsident von Oberbayern  
Präsident des Bayerischen Bezirkstags

## Erhöhter Finanzbedarf bei den Bezirken

nämlich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen sowie der Hilfe zur Pflege werden bei gleichbleibendem Hebesatz von 19,5 Prozentpunkten die zu erwartenden Steigerungen von 80,9 Millionen Euro fast gänzlich auffressen, ohne dass weitere Kostenpositionen berücksichtigt sind. Die allseits gewollte und durchaus dringende Verbesserung in der Pflege kostet Geld, ebenso die Inklusion!

Auch die Kosten für die inzwischen volljährigen Flüchtlinge, die unbegleitet in die Bundesrepublik eingereist sind und noch in Jugendhilfeeinrichtungen leben, belasten weiterhin die kommunalen Kassen in enormer Weise. Die Erhebungen zeigen, dass die vom Freistaat angenommenen Kosten in Höhe von 80 Euro pro Fall und Tag in Oberbayern sich nicht bestätigt haben, sondern dass vielmehr 120-130 Euro Tagessatz inklusive Nebenkosten real sind. 40 Euro pro Fall und Tag übernimmt davon der Freistaat, und damit leider nicht, wie fiktiv angesetzt wurde, die Hälfte der Kosten. Im kommenden Jahr wird dieser Zuschuss sogar auf 30 Euro pro Fall und Tag gesenkt. Unterm Strich bedeutet dies für die Haushaltsplanung des Bezirks Oberbayern einen saldierten Zuschussbedarf von gut 50 Millionen Euro kommunales Geld.

Umso bedauerlicher ist es, dass der Freistaat seinen Finanzausgleichstopf nach FAG 15 nun bereits mehrere Jahre nicht mehr erhöht hat. Der Bezirk Oberbayern erwartet für 2018 nunmehr

Qualität der Gründungsvorhaben, die wir finanzieren. So können wir mehr Anträgen zustimmen.“

Dies bestätigte Vizepräsident Roland Schmautz mit Blick auf die Nominierten für den Bayerischen Gründerpreis: „Die Jungunternehmer sind anders als früher, und das ganz branchenunabhängig. Sie präsentieren sich heute mit mehr Selbstbewusstsein, Professionalität und Klarheit als in früheren Jahren. Internationalität, Personalführungskompetenz, Ausbildungsstand, aber auch Soft Skills haben insgesamt sehr zugenommen.“

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die flissade GmbH aus München ausgezeichnet, die mit ihrem avantgardistischen Raumkonzept für flexibles und flächeneffizientes Wohnen durch bewegliche Gebäudehüllen überzeugt.

In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an das innovative Unternehmen CrustaNova aus Langenpreising, das in einer landbasierten Aquakultur-Kreislaufanlage Salzwassergarnelen züchtet und so Regionalität neu definiert: Seafood aus Bayern – ohne lange Transportwege frisch auf den Tisch. Seit dem Markteintritt 2016 punktet das junge Unternehmen durch herausragende Qualität, nachhaltige Produktion und Regionalität.

Als „Aufsteiger“ konnte sich die D & K Spezial-Tiefbau GmbH & Co. KG aus Bad Grö-

nenbach durchsetzen, eine etablierte Baufirma im Bereich Spezial-Tief- und Grundbau, die sich auf das Sichern von Baugruben und das Gründen von Bauwerken in schwierigen geologischen Verhältnissen und Örtlichkeiten spezialisiert hat. Das schwäbische Unternehmen wurde in nur fünf Jahren regionaler Marktführer in seinem Metier.

In der Kategorie „Nachfolge“ wurde die MAUSS BAU GmbH aus Erlangen ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um eines der führenden Bau-, Immobilien- und Dienstleistungsunternehmen in Bayern, das die Unternehmensnachfolge mustergültig von innen regeln und seit dem Generationswechsel in der Geschäftsführung durch eine neue Ausrichtung über 200 Arbeitsplätze schuf.

Der Sonderpreis für besonders verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln wurde an die Grandl Futtermittel GmbH & Co. KG aus dem oberbayerischen Soyen vergeben, die für die Viehwirtschaft in der Rezeptur individuell abgemischtes Leistungsfuttermittel bedarfsgerecht herstellt. Familie Grandl hat es geschafft, aus einem landwirtschaftlichen Betrieb heraus ein modernes, erfolgreiches Agribusiness-Unternehmen zu entwickeln.

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielt Ludwig Girnghuber, der in Marklhofen aus der einfachen Ziegelei seiner Eltern das international gefragte Zie-

gelimperium Gima Girnghuber GmbH aufbaute. In mehr als 40 Jahren unternehmerischer Tätigkeit entwickelte er den Familienbetrieb zu einem Baukeramikunternehmen, das 1996 bei der Übergabe an seinen Sohn Claus bereits sieben Ziegelwerke zählte. Die GIMA GmbH gibt ihren Erfolg durch die großzügige Unterstützung regionaler Einrichtungen wieder an die Heimat zurück. Besonders im Denkmalsbereich ist das Sponsoring ausgeprägt: Viele Kirchendächer, Burgen und Schlösser haben davon profitiert.

2016 reichten die bayerischen Sparkassen rund 205 Millionen Euro Kredite für knapp 1.500 Existenzgründungsvorhaben aus, wie Präsident Netzer feststellte. Mehr als zwei Drittel davon wurden als öffentliche Förderkredite vergeben. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, trugen die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen zur Schaffung von ca. 4.500 neuen Jobs bei.

„Auffällig ist, dass Existenzgründungen in Bayern dabei stärker technologiegetrieben sind als im übrigen Bundesgebiet“, erläuterte Netzer. „Im Umfeld von Smart Home und Industrie 4.0 entwickeln und produzieren sie ‚Tech made in Bavaria‘.“

Eine ausführliche Dokumentation der Unternehmerkonferenz wird in Ausgabe 19 der GZ veröffentlicht. **DK**

## Neue Plattformen für Beteiligung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

per Likes und Follower präsentierten Bewertungen auch gekauft oder künstlich erzeugt sein könnten. Die „Social Bots“, also Roboter, die eingesetzt werden, um Nachrichten zu verbreiten und politische Trends damit zu manipulieren, würden inzwischen so programmiert, dass sie das menschliche Verhalten immer besser simulieren. Da es schwierig sei, zu erkennen, welchen Wahrheitsgehalt Meldungen haben, könnte damit auch das Vertrauen in die legitime politische Kommunikation im digitalen Raum erodieren, warnte Pschierer. Hier müsse sich die Debattenkultur verbessern: „Wir werden diese technologischen Möglichkeiten nicht verbieten können. Aber wir müssen einen Weg finden, damit umzugehen.“

### Gleiche Rechtsgrundsätze

Das Recht auf freie Meinungsäußerung gehört Pschierer zufolge zu den „elementaren Eckpfeilern unserer demokratischen Wertordnung“. In der Internet-Welt müssten daher dieselben Rechtsgrundsätze gelten wie in der realen Welt. Darüber hinaus braucht es seiner Ansicht nach auch mehr „gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit, um aus Medienkompetenz digitale Mündigkeit werden zu lassen“.

Ein mündiger Bürger müsse im digitalen Zeitalter mehr können, als nur Wissen aufzufinden und zu sortieren. Er müsse die Kompetenz erhalten, diese zu durchdringen, zu überprüfen, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. „Das ist Grundvoraussetzung dafür, um die enormen Möglichkeiten der Digitalisierung zur Stärkung der Demokratie auch zu nutzen“, so der Staatssekretär.

„Wir wollen uns seitens der Staatsregierung nicht allein auf die Meinungsbildung im Internet verlassen. Wir machen beides: Wir suchen den realen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürger und binden sie auch online ein“, fuhr der Staatssekretär fort. Bestes

## Politische Augenwischerei ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Flächensparen“. Bayerns größter Kommunalverband setzt sich dafür ein, dass strukturschwache Regionen Entwicklungschancen und Perspektiven erhalten. Staatliche Vorgaben zur Bebaubarkeit des Gemeindegebiets würden gerade solchen Gemeinden die Luft zum Atmen nehmen und sie an einer gesunden Gemeindeentwicklung hindern. Brandl: „Das Volksbegehren ist eindeutig politisch motiviert, verfassungswidrig und widerspricht jeglicher Praxis in den Gemeinden und Städten. Es gehört in die Tonne.“

### Flächendeckendes Ladenetz für Elektrofahrzeuge

Mit Blick auf die E-Mobilität forderte der Verbandspräsident Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung auf, ihren Einfluss bei den deutschen Autoherstellern geltend zu machen, damit sie ein flächendeckendes Ladenetz für Elektrofahrzeuge schaffen: „Es müsste im ureigensten Interesse der Automobilhersteller sein, überall in Deutschland Ladestationen für Elektroautos aufzubauen. Schließlich wollen sie diese Fahrzeuge doch auch verkaufen. Ohne dichtes Ladenetz werden die Kunden weiterhin zögern, solche Autos zu kaufen. Wieso ist die Politik da so zurückhaltend?“

Wie Brandl weiter feststellte, sei es höchste Zeit, über die Art und Weise der Ladevorgänge und die Standorte der Ladepunkte nachzudenken. „Wenn einzelne

Beispiel für den klugen Mix aus Online- und Offline-Kommunikation sei das geplante Bürgergutachten „2030. Bayern, Deine Zukunft“. „Wir nutzen dazu das Jubiläumsjahr 2018 – in dem wir 100 Jahre Freistaat Bayern feiern – um die Menschen zu fragen, wie sie sich das künftige Zusammenleben in Bayern vorstellen“, machte Pschierer deutlich.

### Bürgergipfel

Im Frühjahr 2018 soll das Bürgergutachten auf einem Bürgergipfel in München fertiggestellt werden. Teilnehmer der regionalen Konferenzen und ausgewählte Teilnehmer der digitalen Phase werden beschließen, welche online eingebrachten Empfehlungen in das Gutachten aufgenommen werden sollen. Das fertige Gutachten wird anschließend Ministerpräsident Horst Seehofer überreichen.

Zahlen zur aktuellen Mediennutzung lieferte Dr. Christian Nurnberg vom Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der LMU München. Demnach ist die Rezeption politischer Information bislang eher begrenzt – nur 7,4 Prozent kommentieren entsprechende Meldungen. Es gibt nur wenig Interaktionsketten.

Markus Blume, Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission und stellvertretender CSU-Generalsekretär, sieht die Politik in der Pflicht sicherzustellen, „dass aus den digitalen Disruptionen keine politischen Disruptionen werden“. Die Digitalisierung sei nicht per se gut oder schlecht, müsse aber gestaltet werden. Aufklärung, Befähigung und die Debatte um eine digitale Ethik sind für Blume ebenso unerlässlich wie eine digitale Ordnung, die Chancen nutzt, aber auch Grenzen setzt.

Wie verändert die Digitalisierung die Gesellschaft? Mit dieser Frage setzte sich der bekannte Astrophysiker und Naturphilosoph Prof. Dr. Harald Lesch auseinander. „Digitalisierung ist nicht per se gut oder schlecht“, so

Fahrzeuge Ladesäulen an der öffentlichen Straße bis zu mehreren Stunden blockieren, führt das nur zu Frust bei anderen Elektroautobesitzern. Zielführender ist daher, die Halter von Elektrofahrzeugen zu unterstützen, ausreichend leistungsfähige und schnelle Ladeeinheiten in der eigenen Garage zu haben.“

Der Gemeindetagschef reagierte damit auf ein am 1. September 2017 in Kraft getretenes Förderprogramm des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, das einen staatlichen Zuschuss für den Bau von sog. Normalladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Aussicht stellt. Schnellladestationen werden ausdrücklich nicht gefördert. Neben privaten Personen sind auch Städte und Gemeinden aufgefordert, entsprechende Förderanträge zu stellen.

### Die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen

Damit wird nach Brandls Auffassung neuerlich der Versuch unternommen, die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger in die Verantwortung zu nehmen, eine dringend für die Wirtschaft notwendige Infrastruktur aufzubauen. Dies sei unverständlich und unfair. Es könne nicht sein, dass der Steuerzahler die Kosten dafür trägt, dass später die Automobilindustrie leichter und mit großem Gewinn ihre Elektrofahrzeuge verkauft. „Wann“, so fragte Brandl, „nimmt die Politik endlich die Wirtschaft in die Verantwortung?“ **DK**

Lesch, aber man müsse sich vor Augen führen, dass das System Internet andere Ziele verfolge als die Nutzer. Es gelte, Vorsicht walten zu lassen und eine Antwort auf die täglich unzähligen Cyber-Angriffe bereitzuhalten. Infrastrukturelle Einrichtungen wie zum Beispiel die Stromversorgung seien durch eine zunehmende Vernetzung und Digitalisierung hoch gefährdet.

Dr. Franz Dimberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, kann sich gut vorstellen, dass die Digitalisierung eine gewisse Teilhabe am kommunalen Leben ermöglicht. Bürger könnten Rathaussitzungen via live-stream verfolgen, egal wo sie gerade sind. Andererseits könne das (vor)schnelle Posten von Nachrichten auch fragwürdig sein, wenn es zu einer „Twitterisierung der Politik“ oder zu einem „Informations-Tsunami“ ausartet. Für Dimberger wäre es wichtig, Kindern und Jugendlichen bereits in der Schule beizubringen, was Demokratie bedeutet und wie eine Gemeinde funktioniert.

### Projekt „Digitales Dorf“

Mit dem Projekt „Digitales Dorf“ will die Bayerische Staatsregierung die Digitalisierung im ländlichen Raum fördern. Mit der Steinwald-Allianz und dem Verbund Spiegelau-Frauenau wurden zwei Regionen mit insgesamt 18 Gemeinden ausgewählt, die im sogenannten Raum mit besonderem Handlungsbedarf liegen und die über die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) bereits über eine Organisationsstruktur verfügen. Ziel ist nun, die Potentiale der Digitalisierung in handgreifliche Projekte umzusetzen. Denkbare Themenfelder sind z.B. Schule und Bildung, Pflege und Telemedizin, Coworking und Nachbarschaftshilfe, Rufbusse und Lieferservices sowie das digitale Rathaus.

Die Idee der mobilen Nahversorgung präsentierte Erbendorfs Bürgermeister Hans Donko, Vorsitzender der Steinwald-Allianz. Der Verbund entwickelt derzeit gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut eine digitale Plattform, die Verbraucher, Direktvermarkter, ein Verkaufsfahrzeug und einen Dorfladen miteinander vernetzt. „Ein rollendes Verkaufsfahrzeug ist nur eines von vielen Beispielen, wie der ländliche Raum dem dramatischen Rückgang vor al-

### Europaregion Donau-Moldau:

## Region Vysocina signalisiert Bereitschaft zur Zusammenarbeit

**Bayerisch Eisenstein. Auf dem Weg, die Europaregion Donau-Moldau (EDM) auf eine neue Ebene zu stellen, hat Niederbayerns Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, in diesem Jahr Vorsitzender der EDM, einen Durchbruch erzielt.**

In Bayerisch Eisenstein traf sich Heinrich mit dem stellvertretenden Kreishauptmann der EDM-Region Vysocina in Tschechien, Pavel Pacal, der seinen Kreis im Präsidium vertritt. Dieser signalisierte Heinrich die Bereitschaft, sich bei der nächsten EDM-Präsidiumssitzung zusammen mit den sechs weiteren Regionen auf den Weg zu machen, die offenen Fragen bei der Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Schritt für Schritt gemeinsam zu beantworten.

Die EDM ist ein Zusammenschluss von sieben Regionen in Bayern, Tschechien und Österreich, die die Großregion mit über sechs Millionen Einwohnern im Konzert der Metropolregionen positionieren soll. War die EDM bisher ein loser Verbund ohne eigene Rechtspersönlichkeit, so muss der Zusammenschluss auf eine neue Ebene gestellt werden,

dem kleiner Nahversorgungseinrichtungen entgegen wirken kann und wir hoffen, dass unser Modellvorhaben von der Bevölkerung angenommen wird und finanziell tragfähig ist“, betonte Donko. Aktuell arbeite man an einem Betreiber- und Geschäftsmodell und frage die Bürger bei Veranstaltungen in den Gemeinden konkret um ihre Meinung und Ideen.

### Neue Beteiligungsformate

Weitere vorgestellte Beispiele befassten sich mit neuen Beteiligungsformaten, insbesondere digitalen Nachbarschaftsplattformen, digitalen Unternehmensnetzwerken und einer App, die Interessierte in einer Art Schnitzeljagd durch eine Gemeinde führt und das kulturelle Erbe der Region erlebbar macht.

QR-Tour beispielsweise ist eine neue Art von App – eine Wanderung kombiniert mit einem innovativen multimedialen Erlebnis. Konkret bietet die QR-Tour App Besuchern aller Altersgruppen kostenlos eine zeitgemäße Form der Schnitzeljagd, um Geschichte, Geschichten und Menschen in Bad Berneck und Goldkronach zu entdecken. Erstellt hat dieses neue, innovative Tourismus-Projekt ein Team aus Künstlern, Autoren und Programmierern.

Der Verein Künstlerkolonie Fichtelgebirge wiederum ist nach den Worten von Sabine Gollner, Gründerin und Vorsitzende der KÜKO, eine Plattform für Kreativschaffende, die seit mehreren Jahren das Ziel verfolgt, die Innenentwicklung in Verbindung mit einer kreativwirtschaftlichen Entwicklung in der Region voranzubringen.

KüKo schaffe Verständnis dafür, dass die wachsende kreative Branche auch auf dem Land zuhause sein und wichtige Impulse für regionale Entwicklung geben kann. Sowohl vorhandene Initiativen als auch neue potenzielle Nutzer und Nutzergemeinschaften, die den genannten Zielen Rechnung tragen, könnten das Projekt unterstützen. Geplant sei eine Kooperation z. B. mit dem Leerstandsmanagementprojekt Frei.Raum.Leben Fichtelgebirge.

Laut Gollner ist die öffentliche Hand aufgefordert, mehr Modellprojekte – in ausgewiesenen Land- und Stadtentwicklungszonen – in Auftrag zu geben, um Orte zu stimulieren und um gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit der Kreativbranche in der Region zu erhöhen. **DK**

## Kommunale Konzepte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Vereinen und Kirchen zur schnellen Verankerung des neuen Arztes in der Gemeinde.

Ärzte werden sich laut Verband nur dann in einer Gemeinde ansiedeln, wenn diese ein attraktiver Lebensort ist. Eine schlechende Übertragung des Sicherstellungsauftrags auf die Kommunen wird abgelehnt. Problematisch sei, dass viele dieser Maßnahmen Geld kosten, über das die strukturschwachen Kommunen nicht verfügen. Unabhängig von der Finanzkraft sollten die Kommunen frühzeitig mit den Kassenärztlichen Vereinigungen Kontakt aufnehmen und gemeinsam nach geeigneten Maßnahmen suchen und die Planungen abstimmen.

### Erreichbarkeit der Ärzte

Die Erreichbarkeit der Ärzte spielt gerade bei einer älter werdenden Gesellschaft eine immer größere Rolle. Notwendig sei es, Mobilität und Erreichbarkeit in die Versorgungsplanung mit einzubeziehen. ÖPNV-Fahrpläne sollten auch auf die Sprechzeiten der Arztpraxen abgestimmt werden. Darüber hinaus müssten Mobilitätskonzepte entwickelt werden, die auch gehbehinderten Patienten die Möglichkeit bieten, die Ärzte aufzusuchen. Beispiele seien Bürgerbusse, Landarzt- oder Ruftaxen.

Wenn Ärzte eine zunehmend knappe Ressource werden, müssten weiterhin Modelle gefördert werden, wie man die vorhandenen medizinischen Kapazitäten optimaler nutzen kann. Ein Schritt sei, die Delegation und Substitution ärztlicher Leistungen weiter zu fördern.

Denkbar wäre aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auch, dass die entsprechend ausgebildeten Kräfte in einer verwaisten ländlichen Arztpraxis einen stationären Anlaufpunkt für Patienten bekommen, in dem sie selbst kleinere Krankheiten nach entsprechender Aus- und Fortbildung behandeln können. Bei komplizierteren Fällen könnten sie dann Ärzte hinzuziehen, die qualifiziert entscheiden, ob der Patient vor Ort versorgt oder in eine Fachpraxis oder Klinik überwiesen wird.

### Neues Berufsbild Arztassistent

Auch sollte überlegt werden, ob ein neues Berufsbild des Arztassistenten oder der Arztassistentin eingeführt wird. Dies würde sich bei der ärztlichen Versorgung entlastend auswirken, ohne dass die Qualität der Versorgung beeinträchtigt wird.

„Das Bundesgesundheitsministerium sollte die erforderlichen Schritte zur Ausgestaltung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zur Durchführung von Modellvorhaben auf den Weg bringen und insbesondere die Anforderungen an diese Modellvorhaben so regeln, dass

EVZT, weshalb gerade auf tschechischer Seite viele Fragen offenblieben. Er erklärte jedoch seine Bereitschaft, diese zu formulieren: „Wir wollen uns gerne in dieses Procedere einbringen. Je eher wir das tun, umso besser“, erklärte er in Hinblick auf die neue EU-Förderperiode, die 2020 beginnt und bei der so schnell wie möglich Anträge eingereicht werden sollen.

Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck, der bei dem Gespräch dabei war, erklärte, es gehe darum, bei nationalen Regierungen dafür zu werben, dass es nicht um eine Veränderung nationaler Kompetenzfragen gehe, sondern um „einen Gewinn für unsere Regionen.“ **DK**

sie kurzfristig realisiert werden können“, heißt es weiter. In diesem Rahmen sollten die Kommunen überlegen, inwieweit sie durch eigene Maßnahmen Ärzte entlasten können, z. B. durch Mehrgenerationenhäuser Teilhabräume für ältere Menschen zu schaffen. In ländlichen Räumen suchten ältere Menschen zum Teil Ärzte auf, da keine anderen Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus wird dafür plädiert, die Möglichkeiten der Telemedizin weiter auszubauen. Die noch bestehenden Vorbehalte über die Fernbehandlung seien auszuräumen. Viele europäische und außereuropäische Länder seien in Sachen Delegation und Telemedizin bereits deutlich weiter als Deutschland. Dort habe man erkannt, dass zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung ein abgestuftes Versorgungssystem notwendig ist. Beispiele seien „rollende Arztpraxen“, die mit Hausarzt- und Facharztpraxen in einem mit Medizintechnik ausgestatteten Fahrzeug vernetzt sind. Allerdings habe die Telemedizin nur dann eine Chance, „wenn die Leistungen angemessen vergütet und Bestandteil der Regelversorgung werden“.

### Wohnortnahe Grund- und Regelversorgung

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Ärztemangels im ambulanten Bereich komme gerade den ländlichen Krankenhäusern eine besondere Bedeutung in der wohnortnahen Grund- und Regelversorgung zu. Diese Grund- und Regelversorgungsstrukturen müssten finanziell in die Lage versetzt werden, ihren Daseinsvorsorgeauftrag zu erfüllen und die medizinische Versorgung der Bevölkerung dauerhaft sicherzustellen. Notwendig sei, dass die Leistungen der Grundversorgung im Abrechnungssystem einen entsprechenden Stellenwert erhalten, der Anreize bietet, diese Aktivitäten zu verstärken.

### Sorge um Geburtsstationen

Im ländlichen Raum wurden immer mehr Geburtsstationen geschlossen. Das betrifft sowohl die kleinen Geburtsstationen in kommunaler Trägerschaft als auch Kreißsäle in vergleichsweise großen privatwirtschaftlich geführten Häusern. „Wenn hier kein entscheidendes Umdenken in der Politik stattfindet, die den Markt ganz bewusst dem Zusammenspiel der Leistungsbringer und der Kostenträger überlassen hat, wird sich das Sterben der Geburtsabteilungen fortsetzen“, warnt der DStGB.

Als notwendig werden vor diesem Hintergrund die Aufnahme der Geburtshilfe in die Grund- und Regelversorgung der stationären Versorgungsleistung, die Entwicklung alternativer Finanzierungsmechanismen für alle Bereiche der Grund- und Regelversorgung (inklusive Geburtshilfe) außerhalb des DRG-Systems, die Erprobung und Etablierung von Anreizsystemen zur Gewinnung von geburtshilflichem Fachpersonal für Kliniken in ländlichen Räumen und die flächendeckende, dezentrale Errichtung neuer Hebammenschulen erachtet. Damit sollen ausgebildete Hebammen durch Kooperation mit den umliegenden Geburtsstationen in der Region gebunden werden.

In Gesundheitszentren könnte nach Meinung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gerade im ländlichen Raum die Zusammenfassung der verschiedenen Gesundheitsdienstleistungen ermöglicht werden. Dazu könnten neben den niedergelassenen Ärzten auch Therapeuten und Pflegeangebote zählen. **DK**

Führende Telekommunikationsverbände:

## Für klare Gigabit-Strategie der kommenden Bundesregierung

Die nächste Bundesregierung muss schnellstmöglich die richtigen Anreize für den dringend benötigten Ausbau von Gigabit-Anschlussnetzen in Deutschland setzen. Hierzu bedarf es einer schlüssigen Gigabit-Strategie als Grundlage für die künftigen politischen und regulatorischen Weichenstellungen in punkto Breitbandausbau.

Die führenden deutschen Telekommunikationsverbände ANGA, BREKO, BUGLAS und VATM sowie das FTTH Council Europe stellen auf dem heute in Berlin stattfindenden dritten Symposium „Der Weg in die Gigabit-Gesellschaft“ vier zentrale Anforderungen an die Breitbandpolitik der kommenden Bundesregierung vor. Die Verbandspräsidenten Thomas Braun (ANGA), Norbert Westfal (BREKO), Theo Weirich (BUGLAS), Martin Witt (VATM) und Ronan Kelly (FTTH Council Europe) sind sich einig: „Deutschland, die stärkste Volkswirtschaft Europas, braucht flächendeckende Gigabit-Netze als zentrale Zukunftsinfrastruktur.“

### FTTB, FTTH und HFC

Flächendeckend verfügbare Glasfaseranschlüsse bis in alle Gebäude (FTTB) oder bis direkt in die Wohnung (FTTH) sowie hybride Glasfaser-Koax-Netze (HFC) stellen nicht nur die künftig erforderliche Infrastruktur für Bürger und Unternehmen dar,

sondern auch für die kommende Mobilfunk-Generation 5G, die für den mobilen Einsatz zusätzlich benötigt wird.

### Gegen Übergangstechnologien

Zentral aus Sicht der Branchenverbände: Die nächste Bundesregierung muss klar auf echte Gigabit-Infrastrukturen setzen. Übergangstechnologien auf Basis der alten Telefonleitung, also der Kupferdoppelader, wie zum Beispiel Vectoring, können die künftig unbedingt erforderlichen Qualitätsparameter (symmetrische Bandbreiten, Verfügbarkeit, Latenz, Zuverlässigkeit) nicht erfüllen. Vielmehr werden die Anforderungen an Geschwindigkeit und Qualität in Zukunft stetig weiter zunehmen.

Mehr als 53 Prozent der Investitionen, die in den vergangenen gut zehn Jahren in den Breitbandausbau investiert wurden, stammen von den alternativen Netzbetreibern in Deutschland – insgesamt sind dies mehr

als 40 Milliarden Euro. Über 80 Prozent der heute verfügbaren Glasfaser-Anschlussnetze (FTTB/FTTH) wurden von den Wettbewerbern errichtet. Auch die HFC-Netzbetreiber haben begonnen, in die Aufrüstung auf den Gigabit-Standard DOCSIS 3.1 zu investieren. Zudem waren und sind die Ausbauaktivitäten der alternativen Wettbewerber ein starker Treiber für Investitionen des Ex-Monopolisten Deutsche Telekom. Sie werden auch der entscheidende Anreiz für die Telekom sein, in Zukunft selbst in echte Glasfasernetze zu investieren.

### Für stabilen Regulierungsrahmen

Mit mehr als 80 Prozent Marktanteil im Anschlussbereich verfügt die Deutsche Telekom auch heute noch über eine marktherrschende Stellung und darf daher auch künftig nicht pauschal aus der Regulierung entlassen werden. Aufgrund der bestehenden Marktverhältnisse sprechen sich ANGA, BREKO, BUGLAS, VATM und FTTH Council Europe ausdrücklich gegen eine Ausweitung der Regulierung auf alle Marktteilnehmer (symmetrische Regulierung) aus. Diese würde den Aufholwettbewerb der alter-

nativen Netzbetreiber beeinträchtigen und Investitionen in die dringend benötigten Zukunfts-Infrastrukturen erheblich gefährden.

„Regulierung dient dazu, den möglichen Missbrauch beträchtlicher Marktmacht zu verhindern. Die kommende Bundesregierung muss sich daher sowohl hierzulande als auch auf EU-Ebene im Rahmen der derzeit laufenden Überarbeitung des TK-Rechtsrahmens für einen langfristig berechenbaren und stabilen Regulierungsrahmen einsetzen“, unterstreichen die Präsidenten der fünf Branchenorganisationen. Der beste ordnungspolitische Rahmen sei der, der einen vielfältigen Wettbewerb ermöglicht, ein Höchstmaß an Innovationen und Investitionen hervorruft und den Kundennutzen maximiert.

### Fördermittel-Vergabe

Auch die Vergabe von Fördermitteln muss künftig zwingend auf die Errichtung von Gigabit-Anschlussnetzen ausgerichtet werden. Ein Überbau bereits vorhandener Gigabit-Infrastrukturen muss dabei verhindert werden. Anstelle des bisherigen 50-MBit/s-Ausbauziels muss die Politik ein weitsichtiges Gigabit-Ziel bis zum Jahr 2025 definieren.

„Wir werden den Ausbau mit Gigabit-Netzen auch in Zukunft in erster Linie eigenwirtschaftlich stemmen“, machen die Verbandspräsidenten Braun, Kelly, Weirich, Westfal und Witt deutlich. „Dort, wo ein Ausbau jedoch nicht wirtschaftlich realisierbar ist, ist eine zielgerichtete Förderung mit klarem Fokus auf Gigabit-Glasfaser-Infrastrukturen sinnvoll und notwendig.“

Neu von Langmatz:

## Glasfaser-Abschlusspunkt compact

Unter dem Motto „fibre future“ bietet die Langmatz GmbH seit vielen Jahren Komplettlösungen für den FTTB/H-Glasfaserausbau und ist bundesweit in zahlreichen Breitbandausbau-Projekten Partner von Kommunen, Stadtwerken und Telekommunikationsbetreibern. Jetzt bringt das in Garmisch-Partenkirchen ansässige Unternehmen einen neuen Glasfaser-Abschlusspunkt mit der Bezeichnung „compact“ (Gf-AP EK 440 compact) auf den Markt.

„Aufgrund vieler Kundenanfragen nach einer Variante des bewährten Gf-AP EK 330, der sehr umfangreiche Anwendungsmöglichkeiten hat, haben wir uns für die Entwicklung eines Produktes im unteren Preissegment entschieden. Der neue ‚compact‘ hat bei gleicher Qualität etwas weniger an Funktionalität, die aber für viele ausreichend ist“, erläutert Stephan Wulf, Vorsitzender der Geschäftsführung von Langmatz. Wie der Name schon vermuten lässt, handelt es sich bei dem „kleinen Bruder“ um ein äußerst kompaktes Produkt. Es ermöglicht das Management von bis zu zwölf Glasfasern, integriert in ein geschütztes Gehäuse aus Polycarbonat mit einem Schutzgrad IP 54. Er ist sowohl für den Einsatz bei der Übergabe zum Kundennetz als auch für ein Ein- oder Mehrfamilienhaus und den Firmenbereich geeignet, anwendbar für Steckverbindung, Fusionsspleiß und Splitter.

Der Langmatz Gf-AP EK 440 compact ist so konzipiert, dass sich Installation, Aufnahme, Verlegung und Inbetriebnahme filigraner Glasfasertechnik für den Anwender leicht gestalten. Ferner wurde viel Wert auf große Flexibilität bis ins Detail gelegt. So sind Zu- und Abgang von Kabeln und Mikroröhren mit einem Durch-

messer von fünf, sieben, zehn oder zwölf Millimetern unten links oder rechts frei wählbar. Die herausnehmbare Montageplatte für Fasermanagement und Kupplungs- bzw. Spleißschutz-Ablage hat Steckplätze für sechs Kupplungen, auch die Aufnahme von handelsüblichen Einzelzugabdichtungen für Mikroröhre ist gewährleistet. Außerdem bestehen verschiedene Verschlussarten für das Gehäuse mit Plombierungsmöglichkeit. Ein weiteres Plus: Sowohl für Montage als auch Inbetriebnahme oder Service ist kein Spezialwerkzeug notwendig.

Das Fasermanagement ist durch Führung auf der Montageplatte sehr einfach, ein geschützter Bereich für den sicheren Anschluss der Kabel ist ebenfalls vorhanden. Auch die Einhaltung der Biegeradien ist durch vordefinierte Faserführungen garantiert. Die Abgangskabel sind über Silikonkonditionen geschützt. Ein besonderer Vorteil des Gf-AP EK 440 compact besteht überdies darin, dass Kupplungen sogar während des laufenden Betriebes entnommen werden können. Zum Lieferumfang zählen ein Gehäuse mit Deckel, eine Montageplatte, zwei Dichtungselemente für den Kabelabgang und eine Installationsanleitung als Onlineversion. □

## Digitale Infrastrukturen für ländliche Räume!

Verbändeauftrag von DLT, DIHK, ZDH und DBV zur flächendeckenden Glasfaserversorgung

Die Botschaft ist klar: Geht es nach dem Willen von Deutschem Landkreistag, Deutschem Industri- und Handelskammertag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und dem Deutschen Bauernverband soll die neu gewählte Bundesregierung bereits im Koalitionsvertrag eine flächendeckende Versorgung mit hochleistungsfähigen digitalen Infrastrukturen fest verankern. „Dazu gehört auch ein Masterplan mit Angaben, in welchen Schritten die Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird“, heißt es in einem Aufruf der Verbände.

Die Attraktivität ländlicher Räume hängt mehr denn je von einer guten Internet-Versorgung ab. Immer mehr Menschen machen ihre Arbeits-, Wohn- und Bleibeperspektiven von ausreichend schneller Internetverfügbarkeit abhängig. Der Erfolg der Unternehmen in ländlichen Räumen wiederum ist eng mit den Arbeits- und Lebensverhältnissen ihrer Fachkräfte und Mitarbeiter verknüpft. Wie in urbanen Räumen muss daher nach Ansicht von DLT, DIHK, ZDH und DBV auch in ländlichen Gebieten der uneingeschränkte Zugang zu digitalen Produkten, Dienstleistungen und Informationen sichergestellt werden. Dadurch könnten digitale schulische und außerschulische Aus- und Weiterbildungsangebote ebenso genutzt werden wie Angebote der öffentlichen Verwaltung.

### Chancen der Digitalisierung

Die Digitalisierung könne wesentlich dazu beitragen, Belastungen aus der demografischen Entwicklung abzumildern. Insbesondere die Versorgung älterer Menschen in ländlichen Regionen werde zu einer immer größeren Herausforderung, heißt es weiter. Ihre gesellschaftliche Teilhabe könne durch vernetzte Dienstleistungen und digitale Techniken (z.B. digitales Einkaufen, intelligente Haustechnik) sowie im Gesundheitsbereich verbessert werden. Auch würden ältere Menschen damit in die Lage

versetzt, länger selbstständig zu wohnen.

Unternehmen, die die Chancen der Digitalisierung umfassend nutzen, profitieren nicht nur von neuen Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten, sie könnten auch neue digitale Geschäftsmodelle aufsetzen und einen weitergehenden Kundenservice leisten. Digitalisierung biete zudem die Möglichkeit, Dienstleistungen von Standorten in den ländlichen Räumen verstärkt Kunden in Ballungsräumen anzubieten. Neue Produktionsverfahren ermöglichten die Herstellung individualisierter Produkte zu Kosten der Großproduktion. Dadurch könnten gewerbliche Standorte in den ländlichen Räumen erhalten bzw. wieder zurückgeholt werden.

### Masterplan

In Gebieten, die aufgrund ihrer dichteren Besiedlung von privaten Netzbetreibern versorgt werden, könne sich das Hauptaugenmerk staatlicher Vorsorge auf die Sicherstellung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen beschränken. In Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte und/oder in peripherer Lage dagegen Sorge der Wettbewerb alleine auf absehbare Zeit häufig jedoch nicht für den erforderlichen Netzausbau – er rechne sich für private Unternehmen zumindest kurzfristig nicht. Deshalb sei dort ein weitergehendes Engagement der öffentlichen Hand erforderlich,

um in den nächsten Jahren schnelles Internet (Gigabit, Echtzeit < 1 Millisekunde, störungsfrei und „sicher“) in der Fläche sicherstellen zu helfen.

Um die Wirtschaftsstruktur zu sichern und weiterzuentwickeln, sollten den Verbänden zufolge auch neue Wege der Infrastrukturerschließung (technisch, organisatorisch, prozessual, rechtlich etc.) umgesetzt werden. Die Instrumente seien im Rahmen eines Masterplans sorgfältig aufeinander abzustimmen, um einen nachhaltigen und zügigen Netzausbau sicherzustellen.

### Neue Instrumente

Zu diesen neuen Instrumenten könnten ggf. auch Lizenzmodelle gehören. Dabei würden Unternehmen auf der Grundlage eines fairen und diskriminierungsfreien Auswahlverfahrens für einen begrenzten Zeitraum das exklusive Recht und die Pflicht erhalten, eine flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur zu errichten und zu betreiben. Dieser müsse im Wege des Open Access allen Diensteanbietern offenstehen. Mit einer solchen Herangehensweise könnte sich kommunales und privates Engagement ergänzen und einen wesentlichen Beitrag zu einem nachhaltigen Netzausbau leisten.

Gleichzeitig sollte im Rahmen des geforderten Masterplans auch der flächendeckende Ausbau hochleistungsfähiger Mobilfunknetze (5G) geplant und vorangetrieben werden. Dieser setze eine Vervielfachung der Mobilfunkstandorte voraus, die mit Glasfasern angebinden sein müssen, um die erwarteten hohen Übertragungsraten und andere Qualitätsparameter garantieren zu können. **DK**



## WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 0800 - 21 24 24 0



**LfA FÖRDERBANK BAYERN**

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

# Das Breitbandnetz flächendeckend in die Region bringen

Wasserzweckverband Laber-Naab einziger bayerischer Teilnehmer an bundesweitem Modellprojekt

Die digitale Welt in die Dörfer und Weiler zu bringen – diese Aufgabe stellt sich schon seit längerer Zeit. Dafür gibt es Fördermittel von Bund und Land, unterschiedliche Anbieter sorgen für die Umsetzung, d.h. die Verlegung des Breitbandnetzes in diese „Winkel“. In den Landkreisen Regensburg und Neu- markt ist auch der Zweckverband der Wasserversorgungsgruppe Laber-Naab mit seiner Tochtergesellschaft „Laber-Naab Infrastruktur“ aktiv.

Diese war vor allem gegründet worden, um den Anschlussgrad der eigenen Laber-Naab-Bauwerke zu verbessern. Der Wasserzweckverband nimmt als einziger bayerischer Teilnehmer am bundesweiten Modellpro-

jekt MOROdigital zum Thema „Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor“ teil. Kürzlich fand dazu ein Treffen in Beratshausen statt.

Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr und digitale

Infrastruktur (Fördermittel), des TÜV Rheinland (wissenschaftliche Begleitung), des Wasserwirtschaftsamtes Regensburg, der Marktgemeinde Burghaun (Kreis Fulda), ebenfalls eine Modellregion) und der Breitbandbeauftragte des Landkreises Regensburg Harald Hillebrand verschafften sich Ende Juni in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes sowie an projektbezogenen Orten in der Region einen Überblick über den bisherigen Fortschritt des in Beratshausen und Umgebung angesiedelten Projektes, zumal im Herbst Projektende ist.

## Sechs Modellregionen

Bundesweit in sechs Modellregionen laufen seit Herbst 2015 unterschiedliche Projekte zu der Thematik „Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor“. Bei der Maßnahme des Wasserzweckverbandes geht es um „FTTH-basierende Steuerung von Versorgungsnetzen“. Im Fokus steht dabei die Nutzung von Synergien bei der Modernisierung und Digitalisierung der kommunalen Wasserversorgungsnetze. Durch die Mitverlegung von Glasfaserkabeln bei der Einrichtung digitaler Durchflusssysteme im Wasserversorgungsnetz können leistungsfähige FTTH-Breitbandzugänge für Haushalte und Unternehmen bereitgestellt werden.

## Erste Erfolge

Den Wasserzweckverband Laber-Naab stellte der 2. Vorsitzende Bernhard Graf, zugleich 1. Bürgermeister von Hohenfels, vor und verwies auf erste Erfolge in Sachen schnelles Internet „zu einem guten Preis“ in seiner eigenen Kommune. Er machte aber ebenso deutlich, dass der Zweckverband auch mit eigenen finanziellen Mitteln den Bereich Digitalisierung vorantreibt. „Das Fördergeld ist gut angelegt“, fasste Graf zusammen.

## Professionelles Netzinformationssystem

Mit Zahlen, Daten und Fakten vertiefte Werkleiter Franz Herrler Grafs Ausführungen, wobei er insbesondere auf die Länge des Rohrnetzes (800 km) und die Hausanschlüsse (12.500) einging, die ja für die digitale Vernetzung die Basis sind. Der

Aufbau eines Steuer- und Datenübertragungsnetzes sei wichtig, um Betriebsdaten der Brunnen, der Aufbereitung, Hochbehälter und Pumpwerke sowie über die 800 km Rohrnetz zu erhalten. Als weitere wichtige Einrichtung nannte er die seit zwölf Jahren bestehende neue Leitwarte als professionelles Netzinformationssystem. In diese Zeit datieren auch die ersten Überlegungen beim Zweckverband, eine „intelligente Infrastruktur“, so Herrler, zu schaffen.

Ein Mosaikstein sei die Umstellung von Kupfer auf Glasfaser bei den Leitungen gewesen, 140 bis 150 Kilometer seien inzwischen bereits ausgebaut. Als Ziel nannte der Werkleiter die Fernauslesung der Wasserzähler, d.h. die Installation intelligenter Zähler, die zeitnah über den Wasserverbrauch und eventuelle Einflüsse oder Schäden Auskunft geben. Herrler sieht bei einer erfolgreichen Umsetzung der digitalen Netzsteuerung und Überwachung die Chance, die durchschnittliche Lebensdauer der Versorgungsnetze von 50 auf 100 Jahre zu verdoppeln.

## „Klarer Marschplan“

Die Tatsache, dass bei den meisten in dem Feld tätigen Telekommunikationsunternehmen der flächendeckende Glasfaserausbau auf der Strecke bleibt, rückte Josef Ledermann, Inhaber des gleichnamigen Ingenieurbüros und zuständig für die technische Planung des Beratshausener Projektes, in den Vordergrund. Aber auch auf die Modalitäten der Fördergelder (Deckungslückenförderung bei Zuschüssen des Freistaates Bayern) ging er ein und zeigte sich erfreut, dass beim Modellprojekt MOROdigital die Fördergelder in den Kommunen bleiben. Zudem gebe es den „klaren Marschplan“, Glasfaser in jeden Haushalt zu verlegen – bei Neuverlegungen von Wasseranschlüssen durch den Zweckverband oder auch bei Reparaturen entsprechende Leerrohre für Glasfaser.

Als wichtig – und als Hauptliegen von MOROdigital – sah Ledermann auch die Netzüberwachung – natürlich nur mittels verschlüsselter Daten sowie einer logischen und physikalischen Trennung vom Internet. Die dazu vorgesehenen Arbeitsschritte bzw. -pakete stellte der Ingenieur detailliert vor wie auch die Pilotgebiete, in denen diese Schritte bzw. Pakete bereits umgesetzt und getestet werden.

## Glasfaser vom Hauszähler bis zum Versorger

Beim Praxisteil stand zunächst die Leitstelle auf dem Programm. Hier wurde deutlich, wie die Vernetzung der einzelnen Stationen und Einrichtungen funktioniert und welche Vorteile dies bringt. Das langfristige Ziel formulierte Wassermeister Manfred Achhammer: „Glasfaser vom Hauszähler bis zum Versorger!“ Ähnliches gilt auch für die im Jahr 2009 in Betrieb genommene und vor einigen Jahren erweiterte Aktivkohle-Filteranlage bzw. die technischen Anlagen bei Hohenlohe.

Bei einer Rundfahrt konnten sich die Teilnehmer des Treffens schließlich anhand von laufenden Bauarbeiten, Kabelsträngen, Schaltkästen usw. über die einzelnen Schritte der Verlegung von Breitbandleitungen ein Bild machen. Dies interessierte insbesondere die Gäste aus Burghaun mit Bürgermeister Simon Sauerbier an der Spitze, da eine Aufgabe des Modellprojektes auch der Austausch unter den Modellregionen ist. □



Wassermeister Manfred Achhammer (rechts) zeigte im Technikgebäude die dort bereits einlaufenden Kabel des Netzwerks. Links Bürgermeister Simon Sauerbier aus Burghaun.

Text und Bild: Markus Bauer

# Free WLAN im Stadtbad Vilsbiburg

M-net sponsert Highspeed-Internetzugang

Das Vilsbiburger Stadtbad bietet künftig einen kostenlosen Internetzugang per WLAN an. Am Gebäude und dem davorliegenden Außenbereich können Besucher ihre Smartphones und Tablets mit wenigen Klicks einloggen und so ihr mobiles Datenvolumen schonen. Der Highspeed-Internetanschluss wird von M-net gesponsert. Gemeinsam mit den Stadtwerken erschließt der Internetanbieter die Stadt und Teile des Umlands mit leistungsfähigen Glasfaseranschlüssen.

Neuigkeiten auf Facebook checken, ein Video bei YouTube streamen oder einfach nur Mails abrufen. Wer künftig das Stadtbad in Vilsbiburg besucht, kann all das über einen kostenfreien WLAN-Zugang erledigen.

## Login zeitlich unbegrenzt

Die Verbindung herzustellen, ist kinderleicht. Einfach mit dem Gerät nach verfügbaren Netzwerken suchen und „Stadt-Vilsbiburg\_HOTSPLOTS“ auswählen. Anschließend in den Browser schalten, die Nutzungsbedingungen akzeptieren und einloggen. Besonders praktisch: Der Login ist zeitlich unbegrenzt gültig. Beim nächsten Besuch im Stadtbad verbinden sich die Geräte automatisch mit dem kostenfreien Netz, vorausgesetzt der WLAN-Modus ist aktiviert.

Seitens der Stadt ist man zuversichtlich, dass das öffentliche WLAN-Angebot auf positives Echo stoßen und rege genutzt wird. Ein weiteres kostenloses WLAN-Netz soll im kommenden Jahr auf dem

Stadtplatz installiert werden.

Dank des modernen Glasfasernetzes, das die Stadtwerke Vilsbiburg und M-net im Laufe des vergangenen Jahres aufgebaut haben, stehen nunmehr in über 800 Haushalten in Vilsbiburg und Umgebung schnelle Internetanschlüsse zur Verfügung.

In den Stadtteilen Seyboldorf, Geiseldorf und Frauensattling reichen die neuen Glasfaserkabel bis zu den sogenannten Kabelverzweigern, was in rund 650 Haushalten Internetanschlüsse mit einer Bandbreite bis zu 50 Mbit/s ermöglicht. Im Stadtgebiet Vilsbiburg sowie den Ortsteilen Giersdorf, Frauenhaarbach, Gaidorf, Kurzbach, Motting, Oberlanding, Pirken b. Gaidorf, Tattendorf und Unterlanding wurden zudem über 150 Gebäude direkt per Glasfaser erschlossen. In diesen Häusern können die Bewohner aktuell Anschlüsse mit Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s buchen. Insgesamt haben die Stadtwerke Vilsbiburg im Rahmen des staatlich geförderten Ausbauprojektes über 100 Kilometer neue Glasfaserkabel verlegt. □

# Breitbandfördermittel des Bundes für Gerolzhofen, Dingolshausen und Sulzheim

Gerolzhofen. Im Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur wurden erneut Förderbescheide für Mittel aus dem milliardenschweren Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau übergeben. Darunter waren mit den Gemeinden Dingolshausen, Sulzheim und der Stadt Gerolzhofen drei weitere Kommunen aus dem Landkreis Schweinfurt, die jeweils eine Förderung von bis zu 50.000 Euro für Planungsleistungen erhalten.

Ziel des Bundesprogrammes ist es, den Ausbau hochleistungsfähiger Breitbandnetze von mindestens 50 Mbit/s in unterversorgten Gebieten zu fördern. Dafür stellt das Bundesverkehrsministerium bis 2018 insgesamt vier Milliarden Euro bereit.

## Erfolgreiches Programm

„Das Bundesprogramm für schnelles Internet ist ein großer Erfolg – auch für unseren Landkreis. Es freut mich außerordentlich, dass erneut zwei Gemeinden und die Stadt Gerolzhofen aus meinem Wahlkreis vom Breitbandförderprogramm des Bundes profitieren. Mein Ziel ist, dass noch mehr Fördergelder aus diesem Programm in unsere Region fließen“, so die CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber. „Der Bund unterstützt die Kommunen dabei, die Herausforderung der digitalen Zukunft zu be-

wältigen und die letzten weißen Flecken auf der digitalen Landkarte zu schließen. Die Planungen dafür sind nicht nur umfangreich, sondern auch kostenintensiv. Genau hier setzt die Förderung an. Sie ist eine Chance für unsere ländliche Region. Deshalb ermutige ich auch weitere Kommunen aus meinem Wahlkreis, sich um Fördermittel aus diesem Programm zu bewerben.“

Durch das Bundesprogramm erhalten Kommunen damit bis zu 50.000 Euro, um Ausbauprojekte für schnelles Internet zu planen und Antragsunterlagen für eine Bundesförderung zu erstellen. In einem zweiten Schritt vergibt das Bundesverkehrsministerium bis zu 15 Millionen Euro je Projekt, um die Umsetzung von Ausbauprojekten zu fördern. Das Bundesprogramm ist dabei auch mit dem Bayerischen Breitbandförderprogramm kombinierbar. □

# Highspeed-Internet für über 1.600 Anschlüsse

Glasfasernetz in Augsburger Gewerbegebieten geht in Betrieb

Seit April 2016 hat der regionale Telekommunikationsanbieter M-net zusammen mit den Stadtwerken Augsburg das Glasfasernetz in der Fuggerstadt erweitert und insgesamt vier Gewerbegebiete erschlossen. Mit Lechhausen geht nun das letzte Ausbaugelände ans Netz. Insgesamt wurden 1.688 Gewerbebetriebe und umliegende Haushalte angeschlossen.

Nach dem eigenwirtschaftlichen Breitbandausbau in den Gewerbegebieten Kobelweg Nord, Augsburg Ost und Eichleitner Straße gehen in Kürze auch die letzten Haushalte des Gewerbegebiets Lechhausen ans Netz und profitieren somit von den stabilen und hohen Bandbreiten des regionalen Telekommunikationsanbieters M-net. Insgesamt wurden seit April letzten Jahres 459 private und 1.229 gewerbliche Haushalte durch eigenwirtschaftlichen Ausbau erschlossen.

## Hohe Lebensqualität

„Besonders Betriebe profitieren von hochleistungsfähigem Internet“, betont Dorit Bode, Sprecherin der Geschäftsführung bei M-net. „Cloud-Anwendungen, Webservices und weitere datenintensive Prozesse verursachen einen stetig wachsenden Bandbreitenbedarf. Ein schneller und stabiler Zugang ist daher für Unternehmen überlebenswichtig – und genau diesen können wir durch unser Glasfasernetz bieten. Aber auch Privathaushalte kommen ab sofort in den Genuss der Vorteile von schnellem Internet: Unterbrechungsfreies und hochauflösendes Videostreaming, Online Gaming und die immer häufiger genutzten Heimarbeits-Mög-

lichkeiten sind bereits heute wichtige Bestandteile einer hohen Lebensqualität.“

## Anspruch und Stärke der Stadtwerke Augsburg

„Die Stärke der swa ist die Expertise in der Leitungsinfrastruktur“, so Stadtwerke-Geschäftsführer Alfred Müllner. „Bei jedweden Arbeiten im Vordergrund wird auch an den Ausbau des Datennetzes gedacht. Immer wieder wurden Schächte gebaut und dafür gesorgt, dass es Platz für Glasfaserleitungen gibt.“

So gibt es bereits über 500 Kilometer Verbindungsstrassen, die das schnelle Verlegen neuer Leitungen ermöglichen. „Die swa bereiten so den Weg für eine zukunftsgerechte Stadt, die sich, auch dank moderner Technik stets weiterentwickeln kann. Das ist unser Anspruch.“

Unternehmen und Privathaushalte, die die neuen Internetanschlüsse nutzen möchten, können M-net direkt mit dem Anbieterwechsel beauftragen. Neben Telefon und Highspeed-Internet bietet das regionale Telekommunikationsunternehmen auch Mobilfunktarife und einen TV-Anschluss mit über 100 Sendern und zahlreichen Extrafunktionen an. □

# M

ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

Besuchen Sie uns auf der Kommunale 2017: Halle 9, Stand 419

breitbandausbau@m-net.de

Vernetzt, digital, mobil:

## Passgenaue Lösungen für ländliche Regionen

Fachkonferenz von BMEL, DStGB und Bundesverband Deutsche Startups in Berlin

Themenforen zu „Dorferneuerung digital“ und „Daseinsvorsorge digital“ sowie die Frage, welchen Beitrag Startups zur Entwicklung ländlicher Räume leisten, standen im Fokus der Konferenz „Vernetzt, digital, mobil - ländliche Regionen im Wandel“ in Berlin. Vor etwa 160 Vertretern aus Regierung, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft wurde dabei anhand von Praxisbeispielen der Dialog über die Digitalisierung in ländlichen Räumen gefördert. Veranstalter waren das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Bundesverband Deutsche Startups.

„Die Versorgung mit Breitband gehört für mich zur Grundversorgung aller Kommunen in Deutschland wie die Versorgung mit Strom und Wasser. Wir brauchen 5G nicht nur in Frankfurt und Hamburg, wir brauchen die Zukunft auch in der Eifel und in der Altmark“, hob Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt unter Verweis auf die vom Bundeskabinett verabschiedete 5G-Strategie hervor. Schmidt hatte sich bei der Entwicklung der Strategie der Bundesregierung nachdrücklich dafür eingesetzt, die neue Technologie flächendeckend in Deutschland einzuführen.

Gerade für die ländlichen Räume gelte es, neue und passgenaue Lösungen im Bereich der Digitalisierung zu finden, erläuterte Schmidt: „Wir brauchen eine neue Digital-Kultur, die Chancen erkennt, neue Partnerschaften ermöglicht und die den Grundsatz ‚Vorrang für den ländlichen Raum‘ berücksichtigt – etwa bei digitalen Modell- und Großprojekten wie dem autonomen Fahren.“

Um beim Ausbau der digitalen Infrastruktur einen großen Sprung nach vorne zu machen, braucht es aus Sicht des BMEL eine nationale Digitalisierungsstrategie für den ländlichen Raum. Zentrale Themen dabei sind: Nahversorgung,

Mobilität, Gesundheitsversorgung, Öffentliche Verwaltung & Sicherheit, mobiles und ortsunabhängiges Arbeiten, Fachkräftegewinnung, Bildungsangebote sowie Ehrenamt.

„Digitalisierung ist eine zentrale Voraussetzung, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten. Dabei geht es nicht nur um die großen Industrieunternehmen, sondern um die unzähligen kleinen und mittelständischen ‚hidden champions‘. Diese finden sich zu einem überwiegenden Teil außerhalb der Ballungsräume in den ländlichen Regionen“, stellte Roland Schäfer, Präsident des DStGB, fest.

Leider sind Schäfer zufolge noch nicht alle Gemeinden ausreichend an das Internet angeschlossen. Dies treffe gerade die ländlichen Regionen, die durch die mangelnde Infrastruktur auch Wettbewerbsnachteile erleiden. „Besonders junge Einwohner, deren Erwartungshaltung bei der Internetverfügbarkeit enttäuscht wird, gehen den Regionen verloren. Gleiches gilt für Unternehmen, die auf leistungsfähige Datenverbindungen angewiesen sind. Das gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinde insgesamt. Damit verbunden ist die Befürch-

tung bei vielen Menschen, von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abgehängt zu werden.“

Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbandes Deutsche Startups, Florian Nöll, sind innovative Geschäftsideen neben der Infrastruktur auch auf Unterstützung der Kommunen und politische Unterstützung angewiesen: „Wenn die digitale Revolution erfolgreich sein soll, muss sie auch auf dem Land stattfinden. Besonders bei der regionalen Gesundheitsversorgung, bei innovativen Mobilitätskonzepten, Open Data-Lösungen oder der intelligenten Versorgung mit Bargeld durch Einzelhandelskassensysteme können Startups eine wichtige Rolle spielen um die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen zu erhöhen.“

Über praktische Beispiele der Nutzung von digitaler Technik in ländlichen Kommunen wurde in drei parallelen Fachforen diskutiert. Im Fachforum 1 „Daseinsvorsorge Digital“ stellte u.a. Christian Vollmann von nebenan.de einen „privaten“ Weg in die bürgerschaftliche Vernetzung durch soziale Medien vor. Er betonte, dass die Kommunikationsmöglichkeiten für Kommunen mit der Digitalisierung gewachsen seien. Darüber hinaus produziere soziale Vernetzung Sicherheit in der Gesellschaft.

Ulf Freienstein, technischer Berater des Breitbandbüros des Bundes, verwies seinerseits auf die Notwendigkeit von flächendeckender Glasfaserinfrastruktur. Es sei schlicht nicht möglich, den kommenden Datenbedarf zu pro-

gnostizieren; zumindest habe die Realität bislang alle Prognosen übertroffen.

Forum 2 befasste sich mit der Frage, welchen Beitrag Startups für die Entwicklung des ländlichen Raumes leisten. Junge Unternehmer verschiedener Branchen stellten hierzu ihre Geschäftsmodelle für ländliche Räume vor. Es zeigte sich, dass Konzepte wie ÖPNV-on-Demand, E-Health-Anwendungen oder digitale Plattformen zur Weiterbildung einen nicht unerheblichen Beitrag zum Erhalt der Lebensqualität in ländlichen Räumen leisten können.

Im Fachforum 3 zum Thema „Dorferneuerung Digital“ präsentierten sich schließlich drei Projekte aus unterschiedlichen Regionen, die sich in ihrer Ausgestaltung nach den konkreten Bedürfnissen der jeweiligen Kommunen richten.

Mit dem Projekt Digitale Dörfer beispielsweise, vorgestellt von Gerald Swart von Fraunhofer IESE, soll die Digitalisierung gezielt auf die Bevölkerung eingehen und Konsens schaffen. Ziel ist es, Innovation zu erzeugen, indem man existierende Ideen aufnimmt, miteinander kombiniert und eigene Ideen hinzufügt.

Konkret werden in dem Projekt die Dörfer durch eine App vernetzt, die einen digitalen Marktplatz für Waren und Dienstleistungen anbietet. So ist es etwa möglich, beim Hofladen im Nachbarnahrungsmittel zu bestellen und sie sich von einem Nachbarn liefern zu lassen, der gerade in der Gegend unterwegs ist. Für jede geleistete Nachbarschaftshilfe bekommt man Punkte gutgeschrieben, die man dann wiederum für andere Dienstleistungen ausgeben kann. Dadurch werden die regionale Wirtschaft und der bürgerschaftliche Zusammenhalt zugleich gestärkt. **DK**



Hintere Reihe von links: Fachbereichsleiter Finanzwesen Stefan Pilgram, IT-Leiter Thomas Eberhard (beide Landratsamt Starnberg), Roland Höger (AKDB-Vertriebsberater). Mittlere Reihe: Verantwortliche und Projektbeteiligte von Landratsamt und AKDB. Vordere Reihe: Landrat Karl Roth und AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth. **□**

## Neues Finanzwesen beim Landratsamt Starnberg

Seit Oktober 2016 arbeitet der Landkreis Starnberg mit dem Finanzwesen zentral Dialog im AKDB-Rechenzentrum. Damit wechselte bereits der 400. Finanzkunde zur neuen dialogbasierten Finanzsoftware im AKDB-Rechenzentrum. Starnbergs Landrat Karl Roth und AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth zogen eine gemeinsame Bilanz des Umstellungsprojektes: Die Verfahrenseinführung Finanzwesen zentral Dialog im AKDB-Rechenzentrum hat gut geklappt.

Laut Fachbereichsleiter Finanzwesen des Landratsamtes Starnberg, Stefan Pilgram, war Anfang 2016 die Entscheidung für den Wechsel gefallen. Insgesamt 120 Mitarbeiter wurden in der Folge geschult, die Umstellung lief auch mitten im Geschäftsjahr sehr gut, so Pilgram: „Das hat eigentlich alles funktioniert, erfreulicherweise noch schneller und unkomplizier-

ter als ursprünglich angenommen.“

Der IT-Leiter des Landratsamtes, Thomas Eberhard, betonte, die Software Finanzwesen zentral Dialog sei das erste Verfahren der Behörde, das nun im Rechenzentrum der AKDB betrieben wird. Dabei habe die AKDB die Anforderungen erfüllt, die das Landratsamt in diesem Zusammenhang gestellt habe: „Wichtig war, dass im Vorfeld die Abstimmung mit unserem Partner AKDB gut ge-griffen hat.“

Landrat Roth und AKDB-Vorstand Schroth zeigten sich beim gemeinsamen Pressetermin im Landratsamt zufrieden. Schroth lobte angesichts des Umstellungsumfanges ausdrücklich die organisatorische Vorarbeit und Unterstützung der Starnberger Projektverantwortlichen, die den reibungslosen Wechsel spürbar erleichtert habe. **□**

Neue Handreichung des Deutschen Landkreistags:

## Einführung der E-Akte in der Kreisverwaltung

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung hat der Deutsche Landkreistag eine Handreichung zur Einführung der E-Akte veröffentlicht. Die Broschüre gibt konkrete Hinweise für die Kreisverwaltungen. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt bei der Planung, Einrichtung und Umsetzung entsprechender Dokumentenmanagementsysteme und elektronischer Akten. Dabei werden gute Praxiserfahrungen aufgegriffen und sinnvolle Hinweise von Praktikern für Praktiker gegeben.

Laut Publikation ist bei der Beschaffung von IT-Leistungen (Hard- und Softwarelieferungen sowie Beratungs- und Implementierungsleistungen) das Vergabericht zu beachten. Dieses eröffnet verschiedene Möglichkeiten, sich einen Überblick über den Markt der IT-Dienstleistungen zu verschaffen. So bietet sich z. B. die Durchführung eines Bieterwettbewerbs an.

Die bisherigen Erfahrungen in den Kreisverwaltungen hätten gezeigt, dass - gegebenenfalls auch europaweite - Ausschreibungen eine Vielzahl von Angeboten generieren. Somit treffe die Kreisverwaltung hier auf einen diversifizierten Markt, der den Landkreisen finanzielle und inhaltliche Verhandlungsspielräume eröffnet.

Die Auswahl des jeweiligen DMS stelle eine weitreichende Entscheidung dar, die das behördliche Arbeiten über Jahrzehnte hin determiniert und nicht ohne weiteres rückgängig gemacht oder verändert werden kann. Die Kreisverwaltung müsse daher im Vorfeld der Ausschreibung ein besonderes Augenmerk auf die Erstellung eines Leistungsverzeichnisses legen. Bei der Ausschreibung des DMS sollte u. a. darauf geachtet werden, dass dieses Schnittstellen zu den

einzelnen Fachverfahren ermöglicht. Auch fortlaufende Serviceleistungen sollten in dem Dienstleistungsauftrag mit enthalten sein.

„Kommunale Erfahrungen haben gezeigt, dass nicht nur bei der Beschaffung der IT-Dienstleistungen, sondern auch bei der Beschaffung von Hardware (Monitore, Scanner, Server) und bei der Ausschreibung eines externen Scan-Dienstleisters recht schnell hohe Auftragswerte erreicht werden, die im Einzelfall zu einer europaweiten Ausschreibung zwingen können“, heißt es weiter. Als in der Praxis sinnvoll habe sich erwiesen, zunächst einen Gesamtauftrag zu vergeben, der die hausweite Einführung eines DMS einschließlich der Schnittstellen zu den Fachverfahren sowie ggf. Zusatzleistungen wie die Einrichtung eines Behördenportals umfasst. Dieser könne dann stufen- bzw. abschnittsweise genutzt werden.

Die Erfahrungen in den Kreisverwaltungen zeigten den Nutzen einer frühzeitigen Einbeziehung (inter-)kommunalen Sachverständigen in die eigenen Reformüberlegungen. Eine Information über funktionierende DMS-Systeme in den Nachbarverwaltungen diene nicht nur der eigenen Entschei-

dungsfindung, sondern könne zugleich zu einer größeren kreisinternen Akzeptanz der anstehenden Veränderungen beitragen. Weiterhin seien die Möglichkeiten einer kreis kommunalen Kooperation in jedem Einzelfall auszutloten.

Besonderes Augenmerk verdient naturgemäß die Auswahl der Software. Diese müsse zur Verwaltung von Dokumenten und Akten geeignet sein. Systeme, die in diesem Bereich gebräuchlich sind, böten oft Funktionalitäten über das Akten- und Dokumentenmanagement hinaus, z. B. zur Unterstützung der digitalen Sachbearbeitung und Kommunikation. Ein geeignetes System müsse IT-Komponenten für die Bereiche Dokumentenmanagement, digitale Aktenführung, digitaler Geschäftsgang und Suchmechanismen bereitstellen.

Erfahrungen aus den Kreisverwaltungen hätten gezeigt, dass sich die Mitarbeiterakzeptanz deutlich erhöht, wenn die Sachbearbeiter in die Organisation der elektronischen Aktenführung eingebunden werden und Gelegenheit gegeben wird, funktionierende DMS-Systeme in Nachbarkreisen vor Ort zu erleben.

Entgegen häufiger Empfehlungen biete sich eine parallele Aktenführung in papierener und elektronischer Form für die Pilotphase nicht an. „Der elektronische Geschäftsgang unterscheidet sich so weitgehend von der ursprünglichen analogen Form, dass ein Parallelbetrieb mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden ist.“ **DK**

Jetzt kostenlos informieren:  
0800 0 372 372

**Gemeinsam stark.**  
Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

[www.esb.de/kommunen](http://www.esb.de/kommunen)

# VKB weitet Schutz vor Cyberschäden aus

Die Versicherungskammer Bayern weitet ihren Schutz vor Cyber-Risiken aus. Der führende Kommunalversicherer bietet bayerischen und pfälzischen Kommunen und kommunalen Einrichtungen ab sofort eine spezielle Cyber-Versicherung ergänzend zur kommunalen Haftpflicht- und zur kommunalen Kassenversicherung an.

Das Internet und die fortschreitende Digitalisierung von Geschäftsvorgängen bieten viele Vorteile. Im Netz lauern aber auch zahlreiche Gefahren, denen Sicherheitsmaßnahmen wie Firewalls und Anti-Virus-Software nicht immer widerstehen. Dabei geht es nicht nur um gezielte Angriffe auf Daten von Unternehmen oder Verwaltungen – wie etwa Datendiebstahl oder Abfluss von Geldern, sondern auch um Kosten für die Datenwiederherstellung oder um Schadenersatzansprüche Dritter.

## Kommunale Einrichtungen im Visier

Zunehmend stehen hier auch Kommunen und kommunale Einrichtungen im Mittelpunkt. Deutschland weit bekannt wurde Anfang 2016 beispielsweise der Angriff auf das städtische Lukaskrankenhaus in Neuss. Der Bundesverband der Krankenhaus-IT-Leiter schätzt, dass etwa einhundert Krankenhäuser 2016 attackiert worden sind.

Das BKA registrierte 2016 ausweiselich der Kriminalstatistik in Deutschland rund 82.600 Cyber-Angriffe gegen IT-Technik – eine Zunahme von 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zugleich wird von einer enormen Dunkelziffer ausgegangen.

## IW-Analyse zu Digitalisierungspatenten:

# Hochburg Bayern

Eine bundesweite Analyse des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln hat ergeben: Leistungsstarke Cluster für Innovationen sind die süddeutschen Großstädte. Allein München bringt hierzulande jedes vierte Digitalisierungspatent hervor, mehr als jeder dritte Landkreis hingegen kein einziges. Nachholbedarf besteht noch in Ostdeutschland sowie im Nordwesten.

Für das aktuellste verfügbare Jahr 2014 wurden insgesamt 42.694 Patentanmeldungen von Anmeldern mit Sitz in Deutschland gezählt. Gut 4.100 davon konnten als Digitalisierungspatente identifiziert werden, was einem Anteil von knapp 10 Prozent entspricht.

## Spitzenreiter

Unangefochtener Spitzenreiter der Digitalisierung sind Unternehmen aus der Stadt München, auf die alleine knapp ein Viertel aller Digitalisierungspatente entfallen. Dort werden damit mehr Digitalisierungspatente angemeldet als in jedem einzelnen Bundesland außerhalb Bayerns, beispielsweise doppelt so viele wie in NRW. Auffällig ist darüber hinaus, dass der Anteil der Digitalisierungspatente an allen Patenten mit dem Internationalisierungsgrad der Anmeldung deutlich steigt.

## Hoher Spezialisierungsgrad

Bayern weist mit einem Wert von 37 Patentanmeldungen je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die mit Abstand höchste Patentleistung im Bereich Digitalisierung auf und übertrifft damit den Bundesdurchschnitt um nahezu das Dreifache. Dabei kombiniert der Freistaat eine hohe generelle Patentleistung mit einem hohen Spezialisierungsgrad auf Digitalisierung zu einem Spitzenplatz im Bundesländervergleich. Insgesamt sind die Großstäd-

te, die bezogen auf die Beschäftigten 25 und damit achtmal so viele Digitalisierungspatente anmelden wie ländliche Regionen, Ausgangspunkt der Digitalisierung. Die Top-5-Kreise Regensburg (224), Stuttgart (137), München (129), Ingolstadt (112) sowie der Landkreis München (95) führen das Kreisranking mit Abstand an und vereinen zudem rund 50 Prozent der gesamten Digitalisierungspatente auf sich.

## Höhere Gefährdung durch Cyber-Angriffe

„Niemand sollte sich der Illusion hingeben, seine Verwaltung, Einrichtung oder Unternehmen sei für einen Cyber-Angriff zu klein oder zu uninteressant. Angesichts der deutlich gestiegenen Gefährdung durch Cyber-Angriffe haben wir den Versicherungsschutz für unsere Kunden erweitert“, erklärt Harald Speil, Hauptabteilungsleiter öffentlich-rechtliche Einrichtungen der Versicherungskammer Bayern.

Bereits heute bietet die Versicherungskammer Bayern Kommunen und kommunalen Unternehmen im Rahmen ihres Vermö-

gensschutzkonzepts Unternehmen bei Cyber-Attacken weitreichenden Versicherungsschutz für Dritt- und Eigenschäden.

Die Kommunale Haftpflichtversicherung KommHV sichert Gebietskörperschaften und alle mitversicherten Einrichtungen gegen Schadenersatzforderungen Dritter wegen Datenmissbrauchs auf der Grundlage gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen. Die Versicherung übernimmt die Prüfung der Haftungsfrage, den Ersatz berechtigter Forderungen und die Abwehr unberechtigter Forderungen.

## Kommunale Kassenversicherung

Über die Kommunale Kassenversicherung besteht Versicherungsschutz für unmittelbare Vermögensschäden auch mit Cyberbezug aus Fehlverhalten von Bediensteten oder Computerbetrug auch durch Dritte. Die Versicherung übernimmt die Kosten für Datenwiederherstellung und Systemrekonstruktion, sowie Ersatz von Vermögensschäden.

## VKB ergänzt Cyber-Deckung

Der Versicherungsschutz der Kassenversicherung kann nun durch die Erweiterte Cyber-Deckung kommunal ECD-Komm ergänzt werden. Diese gliedert sich in die ECD-Komm-Grunddeckung und ECD-Komm-Ertragsausfalldeckung.

Über die ECD-Komm-Grunddeckung besteht Versicherungsschutz für Vermögensschäden aus Verletzung datenschutzrechtlicher Bestimmungen, Vertraulichkeitsverletzung und Cybersicherheitsverletzungen, und das auch unabhängig von einem Verschulden des Mitarbeiters (z.B. Hacker-Angriff, Cyber-Diebstahl und Daten-Vandalis-

mus), darüber hinaus bei vor-sätzlichen Eingriffen Dritter mit Bereicherungsabsicht in das Computersystem des Versicherungsnehmers, selbst wenn kein Computerbetrug nachweisbar ist.

## Zahlreiche Leistungen

Der Versicherungsschutz umfasst folgende Leistungen:

- Datenwiederherstellung
- Ersatz von unmittelbaren Vermögensschäden
- und Kostenaufwände für Beratungs- und Serviceleistungen.

Diese sind als mittelbare Schäden ausschließlich über die ECD-Komm gedeckt und in der Kassenversicherung ausgeschlossen, beispielsweise:

- Forensische Untersuchungen
- Ermittlung, welche Datensicherheitsverletzung vorliegt, wodurch diese verursacht wurde und Empfehlungen zur Vorbeugung oder Reaktion auf derartige Datensicherheitsverletzungen

Kosten für Ermittlung der Betroffenen, Informationsaufbereitung, Druck und Porto, erforderliche Anzeigenschaltungen, behördliche Meldeverfahren, Callcenter um nach Versand der Benachrichtigungen Anfragen der Betroffenen zu beantworten

- Krisenmanagement bei drohenden Reputationsschäden
- Aufwendungen und Abwehr von Spionage
- Überwachung von Kredit- und Girokonten

Optional kann die ECD-Komm-Grunddeckung um die ECD-Komm-Ertragsausfalldeckung erweitert werden. Versicherungsschutz setzt ein, wenn sich aus einem in der ECD-Komm-Grunddeckung versicherten Ereignis ein Ertragsausfall durch eine Betriebsunterbrechung oder -beeinträchtigung ergeben sollte.

Als fachliche Ansprechpartner stehen den Kommunen die zuständigen Direktionsbevollmächtigten der Versicherungskammer Bayern zur Verfügung. □

# Wohin Du Willst-App für den Landkreis Cham

„Ganz einfach mobil sein“ heißt es jetzt im Landkreis Cham, denn ab sofort steht die Region in der App Wohin Du Willst zur Verfügung. Wohin Du Willst ist ein persönlicher Mobilitätsplaner, der den Bürgern die Nutzung aller im Landkreis Cham verfügbaren Nahverkehrsangebote erleichtern wird. Landrat Franz Löffler: „Die App ist ein erster Schritt hin zu neuen innovativen Dienstleistungen rund um den ÖPNV, um diesen noch attraktiver und transparenter für die Menschen zu machen.“

Adressgenau können Abfahrts- und Ankunftszeit angegeben werden und der Fahrgast erhält die für ihn passende Verbindung. Alle öffentlichen Verkehre sowie der Fernverkehr sind in Wohin Du Willst integriert. In Echtzeit wird stets aktuell angezeigt, ob Bus oder Bahn pünktlich sind. Sollte es zu einer Verspätung kommen, berechnet die App automatisch die neue Ankunftszeit. Im Linienverlauf kann der Fahrgast auf der Karte sehen, wo sich zum Beispiel der Bus gerade befindet.

## Einfache Bedienung

Regelmäßige Fahrten können gespeichert und per Knopfdruck aktualisiert werden. Die Fahrpläne von gespeicherten Fahrten kann der Fahrgast stets abrufen, auch wenn er gerade keine Internetverbindung hat. Das ist besonders in Gegenden nützlich, in denen die Netzabdeckung nicht immer ausreichend ist.

Wohin Du Willst ist einfach und intuitiv zu bedienen, das ist besonders vorteilhaft für ältere Menschen oder Menschen, die nicht sehr technikaffin sind. Der Landkreis Cham ist zudem in Wohin Du Willst regionalisiert.

## Capgemini-Studie IT-Trends:

# Blickpunkt öffentliche Verwaltung

## Konzentration auf Kundenzufriedenheit und Effizienz

Die Digitalisierung hat für die öffentliche Verwaltung eine ebenso hohe Bedeutung wie für die Wirtschaft. Dementsprechend ist ihr Ausbau in beiden Lagern das wichtigste Ziel in den kommenden Monaten. Dies geht aus der Capgemini-Studie IT-Trends hervor, die jährlich den aktuellen Stand in der IT sowie die Trends der kommenden Jahre ermittelt. Die aktuellen Ergebnisse basieren auf einer Befragung von 148 Entscheidungsträgern, von denen die Mehrheit in deutschen Unternehmen arbeitet.

Während sich die öffentliche Verwaltung darüber hinaus auf die Erhöhung der Endkundenzufriedenheit und der Effizienz konzentriert, wollen IT-Dienstleister der öffentlichen Hand in erster Linie neue Produkte und Services entwickeln. Das Ziel, die Effizienz in der IT zu steigern, haben sich nur wenige Dienstleister gesetzt. Die Erhöhung der Datensicherheit steht sowohl bei der öffentlichen Verwaltung als auch bei deren IT-Dienstleistern weiterhin hoch im Kurs.

Dienstleister haben laut Untersuchung mehr Probleme mit der Digitalisierung als die Verwaltung. Ähnlich wie andere Branchen reagiert die öffentliche Verwaltung auf die Herausforderungen der Digitalisierung organisatorisch hauptsächlich mit der Einstellung von Mitarbeitern mit dem entsprechenden Know-how und dem Engagement von IT-Beratungsunternehmen. Darüber hinaus erhöht sie ihre Software-Entwicklungskapazitäten. Technisch konzentriert sie sich auf die stärkere Vernetzung von Daten, den Ausbau der Cloud-Kapazitäten und den Aufbau zentraler Plattformen für Test und Deployment.

## Mangelnde Reife von Cloud-Technologien

Allerdings gibt es auch Probleme beim Ausbau der Digitalisierung: Die meisten schätzen die Verwaltung jedoch als weniger gravierend ein als 2016. Einzige Ausnahme sind die Verantwortlichkeiten, die offenbar unklarer geworden sind. Demgegenüber haben die Probleme der IT-Dienstleister zugenommen, sie klagen vor allem über zu starre Organisationsstrukturen, einen Mangel an qualifizierten Mitarbeitern und unflexible Geschäftsprozesse. Technologisch bereitet ihnen vor allem die mangelnde Reife von Cloud-Technologien Schwierigkeiten.

Probleme mit Big Data gibt es selten, weil sowohl Dienstleister als auch Verwaltung noch in der Workshop- und Konzeptionsphase stecken. Die Cloud-Nutzung der Verwaltung hat demgegenüber stark zugenommen, allen voran im Infrastruktur- und Plattformbereich. Die Dienstleister halten in diesem Bereich – ähnlich wie in der Privatwirtschaft – das recht hohe Niveau des vergangenen Jahres.

Den zukünftigen Betrieb von Anwendungen richten sie ebenfalls gleich aus: Individuallösungen bleiben langfristig in der eigenen Betriebsverantwortung, während Standardanwendungen zum größten Teil an Cloud-Anbieter abgegeben oder alternativ ausgelagert werden sollen. Plattformen und Middleware wollen sie zu relativ gleichen Teilen von Outsourcern oder Cloud-Anbietern betreiben lassen, während nur knapp 10 Prozent inhouse betreut werden.

Laut Studie werden die IT-Budgets in diesem Jahr in der Verwaltung weiter steigen, allerdings nicht so stark wie vor zwölf Monaten. Für die kom-

menen Jahre rechnet sie mit weiteren Erhöhungen. Anders gestaltet sich die Lage bei den öffentlichen IT-Dienstleistern: Die meisten gehen von gleichbleibenden Budgets aus, nur wenige erhalten in diesem Jahr mehr Geld. Dafür fallen diese Erhöhungen häufig hoch aus. Ein Teil des Geldes fließt in die Umsetzung des E-Government-Gesetzes, das in der Verwaltung mit einem Drittel der IT-Budgets viel Geld bindet. Noch höher ist der Aufwand im Bereich IT-Personal, während das IT-Management weniger zu Buche schlägt.

Um derartigen Mehraufwand aufzufangen und auch insgesamt die Effizienz in der IT zu steigern, sprechen sich die meisten Teilnehmer bei Verwaltung und Dienstleistern dafür aus, Software auf kommunaler, Bundes- und Landesebene gemeinsam zu entwickeln. Die entsprechende Initiative des IT-Planungsrates „Föderale IT-Kooperationen“ kommt derzeit aber kaum voran, weil die Bildung einer rechtsfähigen Anstalt auf März 2018 verschoben wurde.

Von der Erstellung und Weiterentwicklung von Standards versprechen sich viele Teilnehmer ebenfalls Effizienzgewinne, allerdings ist im Vergleich zu 2016 etwas Ernüchterung eingetreten. Denn auch um dieses Thema soll sich der IT-Planungsrat kümmern, der bislang aber innerhalb von sechs Jahren lediglich drei nationale Standards verabschiedet hat.

## Smart Cities

Zwar werden Smart Cities sehr unterschiedlich definiert, grundsätzlich geht es bei den meisten Konzepten aber um die intelligente Steuerung städtischer Systeme. Denn durch die Digitalisierung entstehen Unmengen von Daten, die ausgewertet und zusammengeführt werden können, um intelligente Lösungen für die Verkehrsführung, den Ressourcenverbrauch, die Gestaltung von und das Zusammenleben in Städten zu nutzen. Nachdem das Thema zunächst fast ausschließlich Unternehmen vorangetrieben haben, misst ihm jetzt auch die öffentliche Verwaltung Bedeutung bei.

In Deutschland gibt es mit Berlin, Hamburg und München bereits einige prominente Beispiele für Städte, die Smart-City-Programme aufgelegt haben. „Solche Vorhaben sind allerdings mit hohen Investitionen verbunden, was ihre Verbreitung offenbar hemmt“, so die Studie.

Verhaltensforscher schätzen die Teilnehmer das Potenzial von Open Data ein, obwohl bereits verschiedene Beispiele gezeigt haben, dass Bürger mit offenen Daten für die Allgemeinheit wertvolle Projekte realisieren können. „Wenn aber die Verwaltung selbst keinen Nutzen daraus ziehen kann, fehlt ihr die Motivation, die Daten bereitzustellen. In diesem Bereich fehlen derzeit offenbar die Konzepte“, urteilt die Studie abschließend. **DK**

Digitalisierung wasserwirtschaftlicher Infrastruktur:

# HST Systemtechnik übernimmt Führungsrolle

Parlamentarischer Staatssekretär Dirk Wiese und Bürgermeister Christoph Weber zu Gast bei Mescheder Unternehmen

Anlässlich einer zunehmend positiven Resonanz auf das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderte Projekt KOMMUNAL 4.0 trafen sich Vertreter aus Politik und Unternehmen zum Austausch über die Digitalisierungsinitiative KOMMUNAL 4.0. Hierzu besuchte der parlamentarische Staatssekretär Dirk Wiese und Bürgermeister Christoph Weber das in Meschede ansässige Unternehmen HST Systemtechnik GmbH & Co. KG.

Am Unternehmensstandort in Heinrichsthal befassen sich 123 Mitarbeiter mit der Digitalisierung im Bereich der kommunalen Infrastrukturen und entwickeln Lösungen für die Bauwerke und Betriebe der Wasserwirtschaft. Zum Portfolio des Unternehmens gehört Technologie in Form von Maschinen & Anlagen sowie IT & Automation für die wesentlichen Prozesse und die Überwachung von z. B. Wasserwerken, Kläranlagen, Regenbecken, Pumpwerken und Einrichtungen des Hochwasserschutzes.

## Maßnahmen für die Zukunft

Bereits wenige Jahre nach der Unternehmensgründung im Jahr 1986 setzten die HST-Gesellschafter bei der Unternehmensentwicklung ergänzend zur Maschinenteknik vorausschauend auf IT & Automation. Die entwickelten Produkte zur Prozessdatenverarbeitung und Betriebsorganisation sind bundesweit in nahezu 1.000 Kommunen installiert.

Seit die Bundesregierung im Jahr 2013 mit der Kampagne Industrie 4.0 die Digitalisierung der Industrie ausgerufen hat,

wird nun auch in der Politik dieses Thema für Kommunen und Städte immer häufiger diskutiert. Mit dem Begriff KOMMUNAL 4.0 will die HST gemeinsam mit Kommunen, Wissenschaftsinstituten und Unternehmen darauf aufmerksam machen, dass viele Wert- und Wertschöpfungen der Digitalisierung nicht nur der Industrie zuzuordnen sind, sondern gleichermaßen für kommunale Infrastrukturen wie in der Wasserwirtschaft gelten. Innovationen und Erfindergeist finden sich im kommunalen Markt genauso wieder wie im industriellen Umfeld.

## Erforderliche Kostenersparnis

Hierzu merkte Dirk Wiese treffend an: „Funktionierende Infrastrukturen sind eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Leben und eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Städten und Kommunen. Digitale Lösungen bieten der Wasserwirtschaft heute neue Möglichkeiten, um hinsichtlich geänderter Anforderungen und Umwelteinflüsse effizient und flexibel reagieren und erforderliche Kostenersparnisse erzielen zu können.“

Im Zuge eines F&E-Förderantrages der HST wurde der Begriff KOMMUNAL 4.0 für eine innovative Entwicklungsidee im Rahmen des Förderwettbewerbs Smart Service Welt I des BMWi und zur Gründung eines gleichnamigen Vereins zur Förderung der Digitalisierung in kommunalen Infrastrukturen genutzt. Das Mescheder Unternehmen ging aus dem BMWi-Wettbewerb als einer der 16 Gewinner hervor und hat nun die Aufgabe, eine Daten- und Serviceplattform aufzubauen, auf der in Zukunft alle KOMMUNAL 4.0 Dienste bzw. Services betrieben werden.

## Neue Techniken und Geschäftsmodelle

Mit Hilfe des Förderprojektes können die beteiligten Unternehmen und Universitäten zusammen mit Partnerkommunen neue Techniken und Geschäftsmodelle rund um die digitalisierte Infrastruktur erforschen und erproben. Das Bundeswirtschaftsministerium, die Hochschulen sowie die beteiligten Unternehmen und kommunalen Betriebe investieren dabei mehr als 4 Millionen Euro.

In Zukunft werden HST und Verein mit der KOMMUNAL 4.0-Initiative Forschung und Entwicklung, Know-how, Aus- und Weiterbildung sowie Pilot- und Demonstrationsprojekte im Umfeld der Digitalisierung entwickeln, anbieten und realisieren. Dabei stellt

insbesondere der Verein sicher, dass die Ergebnisse und der Wissenszuwachs aus dem Förderprojekt auch nach Projektende dauerhaft verfügbar bleiben und weiter ausgebaut werden.

Die Geschäftsführer des Vereinsmitgliedes HST, Richard Ernst und Werner Bückler, sowie der Vereinsvorsitzende Günter Müller-Czygan erläuterten aktuelle Digitalisierungstrends und die daraus resultierenden Veränderungen im Bereich kommunaler Infrastrukturen. Dabei stellt die im Rahmen der Digitalisierung zu gewährleistende IT-Sicherheit die größte Herausforderung bei dem sich verändernden Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Politik und Kommune in den nächsten Jahren dar.

## Hohe Effektivität und Effizienz

Deutsche Technologien und Unternehmen sind auch international in wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen gefragt und spielen eine Führungsrolle. HST liefert aktuell ihre neuesten Innovationen in die Ballungsräume Asiens. In China spielen die Lösungen von HST für die Wasserwirtschaft zunehmend eine besondere Rolle. Dort werden in naher Zukunft einige hunderttausend Speicherbecken für Starkregen nach deutschem Vorbild gebaut. Bei der Ausrüstung dieser Becken setzt man insbesondere auf die durch IT vernetzte Maschinenteknik von HST, da Sie höhere Effektivität und Effizienz erzielt bzw. ermöglicht als herkömmliche Technologien.

Die HST beabsichtigt am Standort Heinrichsthal in eine neue Ausbildungs- und Fertigungsstätte zu investieren, bei der die Digitalisierung und die Fertigung für asiatische Märkte eine besondere Rolle spielt. Über Fachkräftemangel kann sich die HST nicht beschweren.



Von links: Christoph Weber (Bürgermeister der Stadt Meschede), Dirk Wiese (Parlamentarischer Staatssekretär beim BMWi), Michael Schlichenmaier (Wirtschaftsförderer der Stadt Schwäbisch Gmünd), Richard Ernst (Geschäftsführer der HST Systemtechnik GmbH & Co. KG), Günter Müller-Czygan (Projektleiter KOMMUNAL 4.0 bei der HST Systemtechnik GmbH & Co. KG).

Das inhabergeführte Unternehmen kann auf eine beachtliche Ausbildungsquote von derzeit über 20 Lehrlingen in allen Fachrichtungen verweisen. Die HST schätzt Meschede als Standort, insbesondere aufgrund der Nähe zur Hochschule, mit der sie verschiedene Kooperationen und Aktivitäten verbindet. Ein großer Anteil der beschäftigten Ingenieure hat die Hochschulausbildung in Meschede absolviert; viele von Ihnen konnten ihre Abschlussarbeiten bei der HST schreiben.

## Erfreuliche Unternehmensperspektiven

Das Unternehmen will in den Bereichen Maschinen & Anlagenbau als auch in der IT & Automation stetig weiter wachsen und ist zuversichtlich, dass dies bei entsprechenden Rahmenbedingungen am Standort Meschede möglich ist. Durch die frühen Investitionen in Softwaretechnologien für den Zukunftsmarkt Wasser wurden gute Unternehmensperspektiven geschaffen. Hieraus ergeben sich vor allem für junge

Menschen hochinteressante Tätigkeitsfelder sowie verlässliche Beschäftigungsstrukturen.

In Zukunft beabsichtigt die HST die Softwareentwicklungen auch im Bereich der Industrie anzubieten und sucht dazu noch Kooperationen mit Unternehmen aus der Region, die sich mit Industrie 4.0-Entwicklungen befassen. Auch interessierte Kommunen und Städte sind aufgerufen, sich an weiteren Pilot- und Demonstrationsprojekten zur Erprobung neuer Technologien und der KOMMUNAL 4.0 Digitalisierungsstudie 2017 zu beteiligen bzw. dem Verein KOMMUNAL 4.0 e.V. beizutreten.

Die HST hat als KMU bewiesen, dass es mit guten Ideen, einem außergewöhnlichen Portfolio für Ausrüstungslösungen sowie einem hohen Engagement ein Innovationsführer in einem Spartenmarkt werden konnte. So wie es sich für einen Vorreiter der Digitalisierung gehört, können alle wichtigen Informationen unter [www.kommunal4null.de](http://www.kommunal4null.de) im Internet abgerufen werden. Dort kann auch die Kontaktaufnahme erfolgen. □

## E-Rechnung:

# Wichtiger Schritt zum Digitalen Rathaus

Seit 1. Juli 2017 erhalten alle Ausweisbehörden die Rechnungen von der Bundesdruckerei elektronisch

Viele Kommunen in Deutschland machen derzeit einen wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung. Zum 1. Juli 2017 hat die Bundesdruckerei ihre Rechnungen an alle 6.500 Pass- und Ausweisbehörden umgestellt: Das Unternehmen schickt diesen Behörden nun seine Rechnungen für die Herstellung hoheitlicher Dokumente grundsätzlich elektronisch; eine Papierrechnung gibt es nur noch gegen einen Aufpreis.

Für die E-Rechnungen stellt die Bundesdruckerei den Behörden eine Portallösung zur Verfügung. Über das Portal können digitale Dokumente empfangen und versendet werden. Dies funktioniert für alle Rechnungsformate. Der Nutzer erhält immer das Format, das er für seine Verfahren benötigt. „Die Umstellung auf elektronische Rechnungen bedeutet für viele Kommunen einen Einstieg in digitalisierte Prozesse – mit den entsprechenden Effizienzgewinnen“, erklärt Ulrich Hamann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bundesdruckerei. „Nur wenigen Kommunen ist bislang bewusst, dass sie über das E-Rechnungsportal auch ihre sonstigen Lieferanten anbinden und somit ihr gesamtes Lieferantenmanagement umstellen können.“

Mit der Umstellung greift die Bundesdruckerei dem Gesetzgeber vor: In den kommenden Jahren müssen Kommunen elektronische Rechnungen empfangen und medienbruchfrei verarbeiten können. Dies sieht das so genannte E-Rechnungsgesetz vor, das „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische

Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen“. Die Umstellung soll stufenweise erfolgen: Ende November 2018 müssen zunächst sämtliche Bundesministerien und Verfassungsorgane elektronische Rechnungen empfangen können, ein Jahr später folgen alle anderen öffentlichen Auftraggeber, ab Ende November 2020 werden papierbasierte Rechnungen nicht mehr akzeptiert.

Die Umstellung erleichtert Behörden und Unternehmen sowohl den Empfang als auch den Versand von Rechnungen. Laut einer Studie der Verwaltungshochschule Speyer kostet die Bearbeitung einer Eingangsrechnung auf Papier eine Behörde im Schnitt fast 25 Euro: Die Rechnungen werden händisch sortiert, verteilt, freigegeben; Daten werden in eine Buchungssoftware eingetragen und verbucht, Zahlungen freigegeben, Rechnungen archiviert etc.

Mit der neuen Lösung der Bundesdruckerei können diese zeit- und kostenintensiven Schritte durch digitale Prozesse ersetzt werden – etwa durch den Empfang elektronischer Formate, den Scan oder die Weiterver-

arbeitung gedruckter Dokumente. Durch eine vollständig digitale Rechnungsbearbeitung lassen sich pro Eingangsrechnung rund 15 bis 20 Euro einsparen. Zu diesem Ergebnis kommt der Leitfaden „Elektronische Verwaltung in der öffentlichen Verwaltung“ des Bundesinnenministeriums.

Das Portal, über welches die Bundesdruckerei ihre E-Rechnungen an die Behörden schickt, ist eingebunden in ein größeres Netzwerk zum sicheren und rechtskonformen Austausch von Dokumenten: Traffiqx. Die Bundesdruckerei ist einer der Anbieter innerhalb des Netzwerks. Über dieses können elektronische Rechnungen in allen Formaten angenommen und verschickt werden. Mehr als 300.000 Unternehmen sind bereits angebunden.

Der Mehrwert des Netzwerks: Behörden und Unternehmen, die über eines der Traffiqx-Mitglieder angebunden sind, können schnell und einfach prüfen, welche ihrer Lieferanten bereits E-Rechnungen versenden. So lassen sich Einsparungen direkt und ohne Aufwand erzielen. Auf Wunsch unterstützt die Bundesdruckerei ihre Kunden dabei, weitere Lieferanten einzubinden. Hamann: „Je mehr Geschäftspartner ihre Rechnungsprozesse digitalisieren, desto höher sind die Einspareffekte für alle Beteiligten.“ □

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: [www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)



V. l.: Die Bläsergruppe des Horn- und Tuba-Centers, Norbert Seidl, Bürgermeister von Puchheim, Alexandra Oberreis, Vorstand und Geschäftsführung Puchheimer Kinderreich e.V., Doreen Heyland Gruppenleitung Pumuki, Sabine Schelbert, Vorstand Puchheimer Kinderreich e.V., und Landrat Thomas Karmasin. Bild: Familienstützpunkt Puchheim

**Puchheim:**

## Familienstützpunkt offiziell eröffnet

Was hilft, wenn das Baby Nacht für Nacht schreit? Wie ist das eigentlich mit der Trotzphase? Wo finde ich für mein Kind geeignete Betreuung? Wie geht es weiter als alleinerziehender Elternteil? Mit solchen Fragen können sich Eltern künftig an den Familienstützpunkt in Puchheim wenden. Nach Fürstenfeldbruck ist der Puchheimer Familienstützpunkt, der im Mai seine Arbeit aufgenommen hat, die zweite Anlaufstelle im Landkreis Fürstenfeldbruck.

Zur Einweihung fanden sich die geladenen Gäste kürzlich in den neu angemieteten ehemaligen Ladenräumen in der Lochhauser Straße ein, um die offizielle Eröffnung des zweiten Familienstützpunktes im Landkreis gemeinsam zu feiern.

„Eine Investition in die Familienbildung und damit in die Stärkung familiärer Bindungen ist auch eine Investition in die Zukunft. Diesen Beitrag für eine positive gesellschaftliche Entwicklung leisten wir gern im Landkreis Fürstenfeldbruck“, so Landrat Thomas Karmasin.

**Eng mit der Stadt vernetzt**

Der Familienstützpunkt ist angegliedert an das Puchheimer Kinderreich e.V. und arbeitet eng vernetzt mit der Stadt Puchheim und den sozialen Einrichtungen vor Ort zusammen. Insgesamt sollen acht dieser Anlaufstellen für Familien im Landkreis Fürstenfeldbruck entstehen. Noch in

diesem Jahr wird in Germering ein dritter Familienstützpunkt eröffnet. Finanziert werden diese Stellen jeweils zur Hälfte durch den Landkreis und das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

**Freizeitangebote**

Sozialpädagogin Kerstin Kastrup ist es wichtig, die ratsuchenden Familien direkt an die richtigen Stellen weiter zu vermitteln und die Familien je nach Bedarf mit umfangreichen Informationen zu passenden Angeboten zu versorgen. Ergänzend plant die Leiterin des Familienstützpunktes Informationsabende zu verschiedenen Themen rund um Erziehung und Familie. Außerdem sollen Ferien- und Freizeitangebote für Kinder gemeinsam mit ihren Eltern oder Großeltern Gelegenheit für Spiel, Spaß und Begegnung bieten.

Nähere Informationen unter [www.puchheimer-kinderreich.de](http://www.puchheimer-kinderreich.de) □

## Bayerisch Eisenstein ist Bahnhof des Jahres

Der Grenzbahnhof Bayerisch Eisenstein im Bayerischen Wald ist von der „Allianz pro Schiene“ in der Kategorie **Tourismus** als **kundenfreundlichster Bahnhof Deutschlands** geehrt worden. Dieser Überlebende des kalten Krieges begeisterte die Jury mit einer „gelebten europäischen Grenzkultur“.

Die Jury des renommierten Wettbewerbs besteht aus Vertretern des Fahrgastverbandes Pro Bahn, dem Deutschen Bahnkunden-Verband (DBV), dem Verkehrsclub Deutschland (VCD), dem ACE Auto Club Europa, dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) und der Allianz pro Schiene. Um touristische Qualitäten der Bahnhöfe zu bewerten, reisen außerdem Verkehrsexperten des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) und der Kooperation „Fahrtziel Natur“ mit.

**Monumentaler Doppelbahnhof**

Auf ein „Idyll für Grenzgänger“ stoßen Touristen in Bayerisch Eisenstein. Der monumentale Doppelbahnhof steht zur Hälfte auf bayerischem Staatsgebiet, zur Hälfte liegt er in Tschechien. Die Wiedervereinigung der beiden Bahnhofshälften sei so überzeugend gelungen, dass „Wanderer im Bayerischen Wald

den Rucksack abschneiden, um sich den gastlichen Grenzverkehr im Bahnhof von Bayerisch Eisenstein in aller Ruhe anzusehen“, urteilte die Jury.

**Lohnendes Ausflugsziel**

Der Bahnhof sei nicht nur „ein gutes Sprungbrett für Ausflügler. Auf fünf Etagen und rund 3.000 Quadratmetern ist er auch selber zum lohnenden Ausflugsziel geworden.“ Die Übernahme des deutschen Bahnhofsteils durch den Naturpark Bayerischer Wald stelle für Reisende einen „echten Glücksfall“ dar: Diverse Museen im Bahnhof (Fledermausmuseum, Skimuseum und eine historische Ausstellung zum Bau der Eisenbahnstrecke), eine propere Bahnhofsallee, Gastronomie auf deutscher und tschechischer Seite, „mehr Bahnhof geht eigentlich nicht“, so die Jury über den ersten internationalen Bahnhof des Jahres in der Geschichte des Wettbewerbs. **DK**

## Kommunalwahlen in Bayern

Parallel zur Bundestagswahl fanden in Bayern zahlreiche Landrats- und Bürgermeisterwahlen statt

Der SPD-Politiker Herbert Eckstein bleibt Landrat im Landkreis Roth. Der 61-Jährige, der das Amt bereits seit 1993 bekleidet, wurde mit 96,1 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Er hatte keinen Gegenkandidaten.

Ebenfalls wiedergewählt wurde der CSU-Politiker Christian Meißner als Landrat des Landkreises Lichtenfels mit 66,1 Prozent der Stimmen. Sein Gegenkandidat Arnt-Uwe Schille (SPD) erreichte 25,2 Prozent der Stimmen, auf die Kandidatin der AfD, Heike Kunzelmann, entfielen 8,6 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,6 Prozent.

**Weißenburg-Gunzenhausen**

Im mittelfränkischen Kreis Weißenburg-Gunzenhausen bleibt der CSU-Politiker Gerhard Wagemann im Amt. Für den 64-Jährigen votierten 89,3 Prozent der Wähler. Er hatte keinen Gegenkandidaten. Auch der Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz, Thomas Thumann, ist in seinem Amt bestätigt worden. Der Kandidat von UPW/FW (Unabhängige Parteifreie Wählergemeinschaft/Freie Wähler) erreichte 68,8 Prozent der Stimmen. Auf den CSU-Kandidaten Richard Graf (CSU) entfielen 25,5 Prozent der Stimmen. Der Vertreter der Freien Liste Zukunft, Dieter Ries, erhielt 5,7 Prozent.

Neuer Bürgermeister von Leidersbach (Landkreis Miltenberg) ist Michael Schießler von der Christlichen Wählergemeinschaft. Der 32-Jährige setzte sich mit 61,5 Prozent gegen den Bewerber der CSU, Robert Bauer (38,5 Prozent) durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 79,9 Prozent.

Bürgermeister von Hösbach (Landkreis Aschaffenburg) bleibt dagegen Michael Baumann (parteilos). Der Amtsinhaber siegte mit 67,8 Prozent der Stimmen gegen seinen Herausforderer von der CSU, Frank Houben (32,2 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag bei 76,6 Prozent.

**Stadtbergen**

Der CSU-Politiker Paulus Metz bleibt Bürgermeister in Stadtbergen (Landkreis Augsburg). Der Amtsinhaber erhielt 68,5 Prozent der Stimmen, für seine Herausforderer Matti Müller (SPD), Peter Rauscher (Grüne) und Alfred Hammel (FW) votierten 18,1 bzw. 9,2 und 4,2 Prozent der Wähler. Die Wahlbeteiligung lag bei 75,4 Prozent.

Matthias Maier (CSU) heißt der neue Bürgermeister von Höslwang (Landkreis Rosenheim). Er wurde mit 72,7 Prozent der Stimmen gewählt. Der SPD-Politiker Ben Schwarz bleibt weiterhin Bürgermeister in Georgensgmünd (Landkreis

Roth). Der 41-Jährige erhielt 97,95 Prozent der Stimmen. Schwarz wurde von SPD und CSU auf eine gemeinsame Liste gesetzt und hatte keinen Gegenkandidaten.

Der bisherige zweite Bürgermeister Johann Vordermaier ist neuer Gemeindechef von Feichten im Landkreis Altötting. Der 59-Jährige siegte mit 88,15 Prozent der Stimmen. Vordermaier trat für die CSU und die Freie Wählerschaft Feichten an und war der einzige Bewerber.

Neuer Rathauschef von Winhöring (Landkreis Altötting) ist der CSU-Politiker Karl Brandmüller. Er erhielt 51,6 Prozent der Stimmen. Seine Konkurrenten von den Freien Wählern, Gerhard Krause und der SPD (Elfi Jung) erreichten 29,4 bzw. 19,0 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 75,3 Prozent.

Der CSU-Politiker und bisherige 2. Bürgermeister Christian Blatt ist neuer Bürgermeister von Erdweg im Landkreis Dachau. Er kam auf 62 Prozent der Stimmen. Der Kandidat der Freien Wählergruppe Welschhofen, Joseph Ndogmo, holte 32,5 Prozent, der Vertreter der Freien Wähler, Rolf Blaas, kam auf 5,4 Prozent.

**Bodenmais**

Mit 87,4 Prozent der Stimmen ist der CSU-Politiker Joachim Haller in seinem Amt als Bürgermeister von Bodenmais (Landkreis Regen) bestätigt worden. Haller war der einzige Bewerber. In Dörfles-Esbach (Landkreis Coburg) erhielt Udo Döhler (Unabhängiger Bürgerverein Dörfles-Esbach) 73,7 Prozent. Sein Herausforderer Gerold Gebhard (FDP) erreichte 26,3 Prozent.

Bei der Bürgermeisterwahl in Henfenfeld (Nürnberger Land) gewann Markus Gleißenberg (CSU/FWG) mit 52,5 Prozent der Stimmen. Auf seinen Herausforderer Jonathan Wrensch (SPD/FBB) entfielen 47,5 Prozent. Der parteilose Helmut Willmerding wurde in Tittling (Landkreis Passau) mit 67,1 Prozent im Amt bestätigt. Roswitha Toso (FW) und Ulrich Swoboda (Grüne) kamen auf 30 Prozent bzw. 2,9 Prozent.

**Wernberg-Köblitz**

Der neue Rathauschef der Marktgemeinde Wernberg-Köblitz (Landkreis Schwandorf) heißt Konrad Kiener (CSU). Der 42-Jährige setzte sich gegen seinen Mitbewerber Alexander Werner von der SPD mit 63,8 Prozent der Stimmen durch. Im Landkreis Regensburg ist Ulrich Brey als Bürgermeister von Kallmünz mit 83,35 Prozent bestätigt worden. Der CSU-Politiker hatte keinen Gegenkandidaten. **DK**



Ein Idyll für Grenzgänger: Der Bahnhof Bayerisch Eisenstein. □



Von links: die Landräte Thomas Reinhardt, Stefan Rößle, Hubert Hafner, Leo Schrell, Heiner Scheffold, Thorsten Freudenberger und Klaus Pavel. Bild: Landratsamt Ostalbkreis

**Landräte-Arbeitstreffen in Ellwangen:**

## Solide Finanzausstattung der Krankenhäuser angemahnt

Die dauerhafte Sicherstellung der wohnortnahen Patientenversorgung stand im Mittelpunkt eines Arbeitstreffens der Landräte der bayerischen-Württembergischen Grenzregion in Ellwangen-Neunheim.

Dabei richteten die Landräte Klaus Pavel (Ostalbkreis), Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis), Leo Schrell (Dillingen a.d. Donau), Stefan Rößle (Donau-Ries), Hubert Hafner (Günzburg), Thomas Reinhardt (Heidenheim) und Thorsten Freudenberger (Neu-Ulm) unisono einen eindringlichen Appell in Richtung Bundesregierung.

**Für wohnortnahe Patientenversorgung**

So erwarten die Landräte von der künftigen Koalition, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kliniken so ausgestaltet werden, dass die kommunal geführten Krankenhäuser der Grundversorgung nachhaltig eine qualitativ hochwertige Medizin und vor allem eine wohnortnahe Patientenversorgung gewährleisten können. „Dies setzt vor allem auch voraus, dass die Kliniken nicht mit jedem Fall in der Notaufnahme von Haus aus ein Defizit einfahren“, betont Landrat Leo Schrell.

**Mehr Lebensqualität**

Am Beispiel des Regionalentwicklungsvereins Donautal-Aktiv informierten Schrell und Hafner über die positive Entwicklung der beiden Landkreise Dillingen und Günzburg in touristischer Hinsicht. So seien in der gemeinsamen LEADER-Region in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Infrastrukturprojekte entwickelt und umgesetzt worden, die zu mehr Lebensqualität beitragen. Dabei habe man einen besonderen Fokus auf die Optimierung und Qualifizierung des Rad- und Wanderwegenetzes gelegt.

**Hochwasservorsorge**

Einig waren sich die sieben Landräte auch in der Frage der Hochwasservorsorge. Angesichts der zunehmenden Starkregenereignisse müssten nachhaltige Hochwasserschutzkonzepte erarbeitet werden, die auch den notwendigen und noch nicht an jeder Stelle ausreichenden Grundschutz an den Zuflüssen

sen zu Iller und Donau berücksichtigen. **Hurler**

**BAYERISCHE GemeindeZeitung**

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertrieb:**

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

**Anzeigenschlusstermine:**

siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**

€ 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags**

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**Inhaber- und**

**Beteiligungsverhältnisse:**

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Preise der Oberfrankenstiftung 2017:

## Imposantes Schaffen

Für besondere Leistungen in den Kategorien „Soziales“, „Kultur“ und „Denkmalpflege“ vergab die Oberfrankenstiftung auch heuer wieder Preise, die pro Kategorie mit 15.000 Euro dotiert waren. In Sonnefeld laudierten nach der Begrüßung von Erstem Bürgermeister Michael Keilich die Vorsitzende des Stiftungsrats der Oberfrankenstiftung, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler sowie Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold die Preisträger in den verschiedenen Kategorien.

Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler hielt die Laudatio auf das Diakonische Werk Bamberg-Forchheim e.V. für das Projekt „Entbürokratisierung in der Pflege“. Seinen Ausführungen zufolge „zeigt der Preisträger, dass viele engagierte Menschen in der Pflege arbeiten, denen das Wohl der Pflegebedürftigen das Wichtigste ist. Die Diakonie wird ausgezeichnet für die vorbildliche und engagierte Umsetzung eines Projektes zur Entbürokratisierung in der Pflege.“ Ein besonderes Lob sprach Denzler den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus: „Sie haben die Umsetzung voll mitgetragen und waren – so die Auskunft der Einrichtungsleitung – voll motiviert, ja fast schon euphorisch. Ohne dieses Engagement geht es natürlich nicht!“

Mit dem Kulturpreis wurde Wilfried Anton, Ehrenintendant der Hofer Symphoniker, ausge-

zeichnet. Laut Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold verkörpert sich in dieser „Hofer Institution“ Hofer Bürgerkultur und Bürgersinn.

### Große Verdienste um das Hofer Musikleben

„Ohne seinen Vorgänger oder seine Nachfolgerin im Geringsten zurücksetzen zu wollen: Ihm verdanken die Hofer Symphoniker, was sie sind. Mehr noch: Die Frage scheint berechtigt, ob es sie ohne ihn noch gäbe“, so Dippold. Der Preisträger habe sich um das Musikleben in Hof und weit darüber hinaus und damit um das kulturelle Wohlergehen Oberfrankens verdient gemacht.

### Herausragende Netzwerkerqualitäten

„Anton kam 1961 als Hornist zu den Hofern, wurde alsbald

Mitglied im Orchestervorstand. 1965, mit gerade einmal 25 Jahren, wurde er Geschäftsführer der Symphoniker. 1978 erhielt er dann den Titel eines Intendanten. Er blieb im Amt bis 2008, unglückliche 43 Jahre lang“, führte Dippold aus. Und weiter: „Wilfried Anton wirkte für Hof. Aber er schaute über den Tellerand hinaus, weil nicht jedes Problem Hof-spezifisch war, weil nicht jedes Problem auf Hofer Ebene zu lösen war. Seine Netzwerkerqualitäten haben in erster Linie Hof geholfen, doch auch andere Musikeinrichtungen in Bayern und ganz Deutschland haben davon profitiert.“

### Geschichtsträchtiges Gebäude

Der Denkmalpflegepreis 2017 ging schließlich an die Eheleute Marion Reinhardt-Sommer und Volker Sommer für die Villa Victoria in Coburg. Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz berichtete in ihrer Laudatio von einem großbürgerlichen Haus, einem geschichtsträchtigen Gebäude, errichtet 1835 vor dem Ketschentor.

### An Glanz eingebüßt

Das Haus habe mehrmals den Besitzer gewechselt. Manche Eigentümer bauten an und um, passten das Haus an ihren Geschmack und an aktuelle Wohnstandards an. Doch im Äußeren habe es seinen Glanz eingebüßt. Die schmucken Fensterläden und das schmiedeeiserne Balkongitter verschwanden, die unterteilten Fenster wurden durch nicht ganz passende, neue Fenster ersetzt. Von außen habe das Haus in den vergangenen Jahrzehnten zumindest unscheinbar gewirkt. Seit etwa 2010 stand es leer.

### Behutsame Sanierung des Anwesens

Wie Heidrun Piwernetz unterstrich, „ist es das Verdienst von Marion Reinhardt-Sommer und Volker Sommer, dass sie diese Villa erworben und ihr zu neuem Glanz verholfen haben. Sie haben dem Bau seine alte Würde zurückgegeben. Für das Haus und für alle, die es betrachten, war es ein Glück, dass mit den Eheleuten Sommer erfahrene Gastronomen und Hoteliers Eigentümer wurden.“

Durch die behutsame Sanierung des Anwesens und durch die angemessene Nutzung hätten sich die Eheleute um die Denkmalpflege in Oberfranken verdient gemacht. **DK**

### Grundversorgung im ÖPNV sicherstellen

Mobilität und Verkehr spielen sowohl für die Stadt Nürnberg, wie Marcus König als verkehrspolitischer Sprecher betonte, sondern auch für das Umland und die Pendler eine große Rolle. Hier seien Zukunftsstrategien erforderlich, um zum Einen eine Grundversorgung im ÖPNV sicherzustellen und auch der Veränderung der Mobilität z. B. mit Elektroautos und der Steigerung des Radverkehrs Rechnung zu tragen.

### Entlastung der Bürger

Transparenz, Vernetzung und Entbürokratisierung bildeten einen weiteren Themenblock. Diese werden beim nächsten Treffen einen großen Raum einnehmen, da das Ziel immer sei, die Bürgerinnen und Bürger weiter zu entlasten. **□**

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Werden Kinder zum Statussymbol? Frei nach dem Motto: Mein Auto, mein Haus, meine Yacht, mein Baby. Naja, wenn wir so die demographische Wende schaffen, soll es mir Recht sein.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war fassungslos über den Aufwand, den junge Eltern heutzutage um ihren Nachwuchs betreiben.

Auslöser war keines der Kinder des Bürgermeisters. Bei seiner Tochter ist er eh der Meinung, dass sie bis 35 warten kann, bevor das erste Kind kommt, nach Ausbildung und ersten Karriereschritten. Ob das nun eine sehr fortschrittliche Einstellung zur Rolle der Frau in der Gesellschaft ist oder ob er mit Mitte 50 nur noch nicht Opa werden will, ist Gegenstand heftiger Spekulationen im gesamten Rathaus. Seinem Sohn würde er wohl die Reproduktion auch früher gestatten, aber der ist noch nicht in festen Händen.

## Kinder als Statussymbol?

Nein, eine Nachbarin von ihm, durchaus schon arriviert und in einem Alter, das dem Bürgermeister für Kinder passend erscheint, hat die Geburt ihrer Tochter mit einer wahren Kauforgie an Babyausstattung gefeiert, die jetzt eben in der Nachbarschaft die Runde macht. Während Eltern im Schnitt in den ersten Lebensjahren gut 1.125 Euro für die Hardware rund ums Kind ausgeben, kostete allein der Kinderwagen der Nachbarin fast 2.000 Euro. Dafür wird allerdings auch etwas geboten, einschließlich einer im Wagen integrierten Heizung für die kälteren Tage und USB-Schnittstellen für Smartphone und Tablet am Griff des Kinderwagens, damit die wichtigen Verbindungsglieder in die kinderlose Außenwelt durch den Elektromotor im Babycoupé aufgeladen werden können.

Ich sehe schon, wie es meine Schwester gemacht hat, geht es gar nicht mehr. Sie hatte sich doch tatsächlich einen gut erhaltenen Kinderwagen gebraucht gekauft (der neben dem Erstgeborenen noch zwei Geschwister sicher von A nach B brachte), sich von der Familie einen kuscheligen Schaffelsack für die kalten Tage schenken lassen

und am Spielplatz, in der Krabbelgruppe oder beim Kinderarzt einfach mit anderen Müttern und Vätern geredet, anstatt auch noch in der schönen Zeit mit den Kleinen ins World Wide Web abzutauchen.

Heutzutage gehören Kinder Gott sei Dank wieder dazu, wenn zwei gemeinsam durchs Leben gehen wollen. Die Zeit der DINKs (Double Income No Kids) scheint vorüber. Die Familien werden auch durchaus wieder größer, die Einzelkinder seltener und auch drei Kinder sind für viele kein Tabu mehr, gerade für Leute, die im Beruf schon etwas erreicht haben.

Aber dann sollen die kleinen Plagen jedenfalls bitteschön etwas zu Repräsentation und Status von Papa und Mama beitragen. Kinderwagen eignen sich dazu prächtig, ebenso wie die Kleidung. 25 Prozent der jungen Eltern geben mehr als 500 Euro für einen Kinderwagen aus, der was her macht und zeigt: Ich kann mir den kleinen Schreihs leisten, habe Freude an innovativen Klappentechniken und achte bei der Bereifung auf Geländegängigkeit und Stoßfestigkeit - wie bei meinem SUV auch.

Weil man die Kinder ja auch vorzeigen will, war wahrscheinlich der Aufschrei unter Londons Müttern so groß, als ein Warenhaus ankündigte, in Zukunft nur noch Unisex-Klamotten für Kinder zu verkaufen, weil Buben und Mädchen doch eh das Gleiche tragen (naja, vielleicht mit Ausnahme der Röckchen?). Ein „geht gar nicht“ war über den Kanal auch in deutschen Blättern zu lesen. Da beschloss ich für mich, künftig zu verschweigen, dass ich bis zur Pubertät die alten Pullover und Hosen meines großen Bruders aufgetragen habe.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat ja mit seiner Frau auch Kinder groß gezogen und kein solches Tamtam um den Nachwuchs gemacht, obwohl er es mit Stolz auf seinen Nachwuchs mit jedem anderen Papa auf der Welt locker aufnehmen kann. Aber unabhängig von allem freut ihn, dass Konrad Adenauer 50 Jahre nach seinem Tod wieder mal Recht bekommen hat: „Kinder kriegen die Leute immer.“

the Sabrina

### Beuthauser Safety Day:

## Arbeitssicherheit für kommunale Profis

Am 11. Oktober 2017 findet von 9 bis 17 Uhr der erste Safety Day in der Beuthauser Niederlassung Kulmbach statt. Auf dem Programm stehen interessante Vorträge und Präsentationen von den Beuthauser Safe-Work-Spezialisten über Themen, die den kommunalen Profi in seiner täglichen Arbeit begleiten:

- Ladungssicherung
- LKW-Ladekran: Sicherheit am Haken
- Straßenabsperzung/Baustellensicherung
- Arbeitssicherheit
- Brandschutz
- Technischer Prüfdienst
- KUVB für Oberfranken
- Smart Systems

Auf der Agenda steht zudem der Informationsaustausch mit den Safe-Work-Spezialisten von Beuthauser.

Anmeldung bis 2. Oktober unter: Tel. 09221-50710

E-Mail: safework-kulmbach@beuthauser.de

Die Teilnahme ist kostenfrei. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. **□**

### Demokratie braucht Stärke:

## Hand in Hand für alle kommunalen Ebenen

### Großes Mittelfränkisches Kommunalpolitikertreffen im Nürnberger Land

Röthenbach (KPV) – Die beiden Bezirksverbände der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) in Mittelfranken und Nürnberg-Fürth-Schwabach – das große Netzwerk für alle Bürgermeister, sowie Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksräte - trafen sich auf Einladung des KPV-Kreisverbands Nürnberger Land in Röthenbach an der Pegnitz erstmals zum gemeinsamen Austausch von Themen und Findung gemeinsamer Lösungsstrategien für kommunale Aktionsfelder.

Die CSU ist mit ihren zahlreichen Mandatsträgern auf allen politischen Ebenen fest verankert. Einen großen Teil macht hier die Kommunalpolitik aus, wo mit viel Herzblut eine große Bandbreite an Aspekten, welche die Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen, bearbeitet werden.

### Breites Themenspektrum

So überraschte es nicht, dass die vielen Teilnehmer - unter ihnen der Vorsitzende der CSU-Bezirkstagsfraktion Mittelfranken Peter Daniel Forster, Fürths Landrat Matthias Dießl, der Nürnberger Stadtrat und KPV-

Bezirksvorsitzende Marcus König, die weitere stellvertretende Landrätin im Nürnberger Land und KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl, Kreisrätin und KPV-Bezirksvorsitzende Karin Müller sowie zahlreiche Bürgermeister und Räte – auf ein breites Themenspektrum, beginnend mit dem öffentlichen Nahverkehr und Mobilität generell über schnelles Internet bis hin zu Straßenausbaubeiträgen und Kindergarten-Ausbau, zu sprechen kamen. Dabei stand nicht nur die Vernetzung der Kommunalpolitiker untereinander, sondern auch der Informationsaustausch.

### EuRegio Dialog 2017:

## Kliniken als führendes Gesundheitsunternehmen der Region

Die vierte Veranstaltung des EuRegio Dialogs mit seinen grenzüberschreitenden Betriebsbesuchen führte zur Kliniken Südostbayern AG in die Kreisklinik Bad Reichenhall (Berchtesgadener Land). Neben der Besichtigung verschiedener klinischer Dienstleistungs- und Versorgungsbereiche standen insbesondere die Organisations- und Marketingfragen eines Klinikverbundes mit sechs Standorten im Mittelpunkt.

Vorstand Elisabeth Ulmer stellte den Gästen die Kliniken Südostbayern AG als leistungsstärksten Gesundheitsdienstleister in Südostbayern vor, der in den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein an sechs Standorten (Bad Reichenhall, Berchtesgaden, Freilassing, Ruppolding, Traunstein und Trostberg) mit knapp 1.300 Betten jährlich über 160.000 stationäre und ambulante Patienten versorgt. Bis auf wenige Bereiche (z. B. Herzchirurgie) wird dabei das gesamte medizinische Versorgungsspektrum abgedeckt.

Über diese Größenordnungen zeigte sich auch Bad Reichenhalls Oberbürgermeister Dr. Herbert Lackner sehr erfreut, der die Veranstaltung begleitete und in seinem Grußwort weitere wichtige Säulen des Wirtschaftsstandortes Bad Reichenhall hervor hob. Neben weiteren Kliniken zählen dazu etwa die Salz- und Süßwarenproduktion sowie die Funktionen Reichenhalls als Staatsbad und Große Kreisstadt.

Richtig und wichtig sei die Fusion der Kliniken in den beiden Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein zur Kliniken Südostbayern AG im Jahr 2009 gewesen, resümierte Ulmer und betonte dabei die eher unübliche

Trägerschaft auf kommunaler Ebene mit den beiden Landkreisen als Aktionären sowie den guten Austausch über die Landkreisgrenzen hinweg. So sei es insbesondere auch gelungen, den Verlust sehr deutlich auf 600.000 € in 2016 zu reduzieren.

### Fruchtbare Zusammenarbeit mit Salzburg

Trotz einer klaren strategischen Positionierung gegenüber Salzburg strich Ulmer gemeinsam mit dem Medizinischen Direktor Dr. Stefan Paech die sehr gute Zusammenarbeit mit Salzburg heraus, etwa bei hochspezialisierten Versorgungsleistungen in der Augenheilkunde und Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie oder mit der Privaten Medizinischen Universität in Ausbildungsfragen und im Austausch junger Ärzte. Kritisch wurde die fehlende Finanzierungssicherheit von Seiten Österreichs bei der Behandlung österreichischer Staatsbürger auf bayerischer Seite gesehen, obwohl dies in umgekehrter Richtung gelebt und funktionierende Praxis sei.

Als andere, aktuell wichtige Themen für die unternehmerische Entwicklung des Klinikverbundes

wurde dann mit den Gästen noch über Mitarbeitergewinnung, Prozess- und Entlassmanagement sowie Geriatriisierung der Medizin diskutiert. Einige dieser Aspekte tauchten dann auch wieder im Vortrag von Dr. Thomas E. Langwieler, dem Ärztlichen Direktor, auf. Er beschäftigte sich mit der Frage, wie Innovationen in der Medizin den Patienten erreichen können. Für den Standort Bad Reichenhall liegen solche Innovationen etwa im Bereich der Bronchoskopie (Endoskopische Untersuchung/Behandlung der Atemwege) oder bei minimalinvasiven, robotergesteuerten Eingriffen im Bauchbereich. Es gelte, so Langwieler, das Interesse bei der Patientenschaft zu wecken, um diese Angebote in Anspruch zu nehmen. Dabei kommt das gesamte Spektrum des Marketings von sozialen Medien bis zu den Printmedien und Informationsveranstaltungen zum Einsatz. Das Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit, die Professionalität in der Leistungserbringung, eine klare Information und natürlich höchste Qualität bei den Behandlungsergebnissen stehen dabei im Vordergrund.

Abschließend steuerte Johanna Schnellinger von der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege im Laufen noch einen Impuls zum Thema „Naturnahe Betriebsstandorte – ein Mehrwert für Unternehmen und Natur“ bei. Gerade auch im Gesundheitsbereich kann damit für eine bessere Genesung der Patienten ein Beitrag geleistet werden. **□**

Schwabentag 2017:

## Feiern im Reformationsjahr

Die Stadt Augsburg und der Bezirk Schwaben luden unter dem Motto „Wir feiern im Reformationsjahr“ zum großen Schwabentreffen. In der Augsburger Innenstadt drehte sich dabei alles um Kultur und Traditionen aus Bayerisch-Schwaben. Offiziell eröffnet wurde der Schwabentag bei einem Festakt im Rathaus von Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert und Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl.

Auf dem Augsburger Rathausplatz, am Martin-Luther-Platz und im Annahof wurde ein umfangreiches Bühnen- und Aktionsprogramm dargeboten. Beleuchtet wurden auch Szenen aus der Reformationsgeschichte. Der Bezirk Schwaben vermittelte auf einem „Schwäbischen Markt“ interessante Einblicke in das Handwerk der Knopf- und Haubenmacherei - reichsstädtische Mustertrachten und eine Ausstellung zu Bockelhauben warteten am Stand des Bezirks. Kinder konnten lustige Knopfbuttons basteln und sich für ein Selfie mit Hauben und Tüchern verkleiden. Dazu standen Themen-Führungen wie zum Beispiel „Wasser in der Stadt“, eine „Lutherführung für Kinder“ und eine Schauspiel-Stadtführung unter dem Titel „Martin Luther, Melanchton und die Confessio Augustana“ auf dem Programm.

An verschiedenen Aktionsständen stellten sich zudem die ehemaligen Freien Reichsstädte Augsburg, Donauwörth, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen, Nördlingen vor und erinnerten an ihre gemeinsame Ge-

schichte der Reformation. Die Fuggerstadt wartete mit Informationen zum weltweit einzigartigen System ihrer Wasserwirtschaft auf und bot ein Kinderprogramm mit Drachengebäuden, Glücksrad und Schokosiegeln an.

### Diverse Aktionsstände

Mit einem Gewinnspiel zum Reformationsjubiläum erfreute Donauwörth die Besucher. Als Preis winkte unter anderem der Donauwörther Historien-Comic „Donner über Donauwörth“. Am Kaufbeurer Aktionsstand wiederum stellte Kaiser Maximilian das alljährlich stattfindende Tänzelfest vor und brachte seine Münzstempel und den Kaufbeurer Nachtwächter gleich mit.

Kempten, älteste Stadt Deutschlands, präsentierte sich ihrerseits als lebendige Metropole des Allgäu - in Kooperation mit der „Öko-Modellregion Oberallgäu Kempten“. Auch Lindau beteiligte sich am Programm und lud zur Verkostung naturtrüber Säfte und regionaler Äpfel ein. Kinder durften beliebte Lindauer Motive wie

den Bayerischen Löwen, den Neuen Leuchtturm oder das Stadtmuseum bemalen und Erwachsene konnten sich am Stand über das touristische Angebot sowie den Reformationspfad der Insel- und Gartenstadt informieren. Ferner gab die Lindauer Theatergruppe Podium84 einen 30-

minütigen Auszug des lokalhistorischen Stücks „Die Pfaffenhochzeit zu Lindau“ zum Besten.

Mit einer originalgetreu nachgebauten Gutenberg-Druckerpresse, dem Flughafen Memmingen und einem ökumenischen Straßenmusikduo war Memmingen zu Gast. Die Stadt Nördlingen präsentierte schließlich ihr touristisches Angebot mit dem thematischen Schwerpunkt 500 Jahre Reformation. Ein Stadtführer in historischem Gewand stand Rede und Antwort. **DK**

**FAHNEN KOCH COBURG**  **Weihnachtsbaum Beleuchtung** für den **FAHNENMAST** [www.Leucht-Fahne.de](http://www.Leucht-Fahne.de)  
Tel.: 09561-5527-0 info@fahnen-koch.de



Landrat Stefan Röble (Bildmitte) konnte kürzlich eine Delegation der schwäbischen Altlandräte im Landratsamt Donau-Ries begrüßen. Nach dem Empfang im Sitzungssaal des Landratsamtes machten sich die Besucher im Rahmen einer Stadtführung ein Bild von der Großen Kreisstadt Donauwörth. Mit einer Werksführung bei der Firma Zott in Mertingen endete das Treffen.

Unser Bild zeigt Landrat Hubert Hafner, Landkreis Günzburg, Dr. Hermann Haisch, Landkreis Unterallgäu, Dr. Eduard Leifert, Landkreis Lindau, Gebhard Kaiser, Landkreis Oberallgäu, Christian Knauer, Landkreis Aichach-Friedberg, Dr. Theo Körner, Landkreis Aichach-Friedberg, Ludwig Schmid, ehemaliger Präsident der Regierung von Schwaben und Dr. Karl Voegelé, Landkreis Augsburg, gemeinsam mit ihren Partnerinnen. **Bild: Schwenzel**

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen Beilagen der LGA Landesgewerbeanstalt Bayern sowie der Hanns-Seidel-Stiftung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. **□**

### Landshuter Kunstnacht:

## Chance für Vielfalt

Bei der nächtlichen Wanderung zu den Landshuter Galerien und Museen im Rahmen der Landshuter Kunstnacht ließ sich auch in diesem Jahr wieder vieles entdecken. 14 Galerien bzw. Museen öffneten erneut ihre Pforten.

An manchen Orten fanden Ausstellungseröffnungen statt. Die Termine waren so gestaltet, dass eine Teilnahme an allen Bereichen der aktuellen Kunst wurden gezeigt: Malerei, Grafik, Skulptur, Fotografie, Installationen, neue Medien usw.

Die Museen der Stadt öffneten alle Standorte bei freiem Eintritt. Im „Landshut-Museum“ war die Ausstellung „Landshut in der Moderne“ zu sehen. Neben im „Kasimir-Museum“ hatte die Ausstellung „Kindheit in Landshut“ geöffnet, in der Heiliggeistkirche die Ausstellung „Mythos Hochzeitsstadt“.

In der Stadtrésidenz luden die Ausstellungen „Engelbert Hilbich (1923-2011)“, „Keramik-Region Landshut“, „Sammellust - Hauptwerke zeitgenössischer Keramik“ und „ArchäologieRegion Landshut“ zum Besuch ein.

In der Großen Rathausgalerie sah man heuer keine Bilder, Skulpturen oder Objekte, sondern es flimmerten Bildschirme, surrten Projektoren, knisterten Monitore. Konkret präsentierten der Kunstverein, die Neue Galerie und die Galerie in Bewegung ausgewählte neue Video-Arbeiten, Filme und Installationen ihrer Künstler.

Am 22. Februar dieses Jahres verstarb der 1924 geborene Bildhauer Fritz Koenig, der zu

den bedeutendsten Protagonisten der deutschen Skulptur der Gegenwart gehört. Die Ausstellung „Fritz Koenig. Aufstellung“ in den Räumen des Skulpturenmuseums im Hofberg wurde von ihm persönlich eingerichtet und darf als programmatisches Vermächtnis verstanden werden.

### Programmatisches Vermächtnis

Der Betrachter begegnete in den unterirdisch im Inneren des Hofbergs gelegenen Museumsräumen ausgewählten Werken aus sechs Schaffensjahrzehnten. Das Schaffen und die Lebenswelt des Bildhauers waren und sind immer wieder Thema großer filmischer Dokumentationen. Eine Auswahl wurde durchgehend gezeigt.

Transformationen bestimmen das Leben - und auch die Kunst ist bestimmt von vielen Veränderungen. Angefangen beim Material bis zum fertigen Werk ist es oft ein langer Weg, geprägt von vielen Umformungen. Die Natur selbst zeigt dieses Phänomen in ihrer wohl schönsten Form - im Leben des Verwandlungskünstlers schlechthin, des Schmetterlings. Mit diesen Metamorphosen beschäftigte sich wiederum eine Ausstellung im Röcklurm. **DK**

### Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 12. Oktober 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umweltschutz
- Abfall und Recycling
- Kommunale Energiethemen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge
- Bestattungswesen · Friedhof

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten



**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@knoedler.de  
Internet: www.knoedler.de

### Abzeichen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Postfach 1654  
96406 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Bau



**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

### Energiedienstleistung



### Fahnenmaste + Fahnen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Postfach 1654  
96406 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Fahnenmaste + Fahnen



**FAHNEN KÖSSINGER**  
• Fahnen  
• Maste  
• Roll-Ups  
• Bekleidung  
• und vieles mehr  
www.fahnen-koessinger.de  
Telefon: 09451 / 9313-0



**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@knoedler.de  
Internet: www.knoedler.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**CONSTANZE VON HASSEL**  
Telefon 081 71.93 07-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Gewerbebau



**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung  
www.laumer.de · info@laumer.de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

**Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz\\_aktuell](https://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](https://www.facebook.com/GZaktuell)

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

### Sitzmöbelhersteller



Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhäusen)  
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der  
BAYERISCHE  
Gemeindezeitung  
www.gemeindezeitung.de

### Weihnachtsbeleuchtung



Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!  
www.gemeindezeitung.de



# SEMINARE ZUR KOMMUNALPOLITIK

4. Quartal 2017

Institut für  
Politische Bildung

Besuchen Sie ein Seminar der Hanns-Seidel-Stiftung zur Kommunalpolitik! Praktiker informieren über Grundlagen, Neuerungen und erläutern anhand von Fallbeispielen den kommunalpolitischen Alltag. Verstärkt bieten wir nun die Seminare in allen Regionen Bayerns an. Weitere Themen, Orte oder Aktualisierungen finden Sie auch im Internet unter: [www.hss.de/veranstaltungen](http://www.hss.de/veranstaltungen).

## ► GRUNDLAGEN-SEMINARE – KOMMUNALPOLITIK

Die Grundlagenseminare wenden sich an gewählte und zukünftige Kommunalpolitiker, die ihre politischen Ziele durch sachkundige und persönliche Kompetenz in Diskussionen und Entscheidungen bei kommunalen Gremien verwirklichen wollen.

### Das Gemeinde-, Stadtrats-, Kreisratsmitglied und die Geschäftsordnung

**06.–08. Oktober 2017**  
**Rosenheim**  
Projekt-Nr. 03/07/17/612  
Teilnehmerbeitrag: € 70,-

### Ziel kommunaler Haushaltsführung und der Kommunale Finanzausgleich

**13.–15. Oktober 2017**  
**Windorf**  
Projekt-Nr. 03/07/17/614  
Teilnehmerbeitrag: € 70,-

### Baugesetzbuch mit Baunutzungsverordnung/ Bauleitplanung und gemeindliches Einvernehmen

**20.–22. Oktober 2017**  
**Kümmersbruck**  
Projekt-Nr. 03/07/17/613  
Teilnehmerbeitrag: € 70,-

### Das Gemeinde-, Stadtrats-, Kreisratsmitglied und die Geschäftsordnung

**17.–19. November 2017**  
**Gersthofen**  
Projekt-Nr.03/07/17/615  
Teilnehmerbeitrag: € 70,-

## ► SPEZIALSEMINARE – KOMMUNALPOLITIK

Die Spezialseminare wenden sich an Kommunalpolitiker, aber auch an interessierte Bürger, die ihre Sachkompetenz zu einem der folgenden kommunalpolitischen Themenkomplexe erweitern möchten.

### Das Aufsichtsratsmitglied in kommunalen Unternehmen – Rechte, Pflichten, Haftungsfragen

**27.–28. Oktober 2017**  
**Hallstadt b. Bamberg**  
Projekt-Nr. 03/07/17/617  
Teilnehmerbeitrag: € 35,-

### Leitungsgebundene Medien – Wasser/Abwasser, Breitband, Strom, Gas, Wärme

**03.–05. November 2017**  
**Neuendettelsau**  
Projekt-Nr. 03/07/17/616  
Teilnehmerbeitrag: € 70,-

## ► NEUE HERAUSFORDERUNGEN IN DER KOMMUNALPOLITIK

Kommunalpolitik lebt vom Engagement der Bürger und fordert von ihren Vertretern eine grundsätzliche Sachkompetenz, aber auch eine starke Überzeugungskraft. Die Seminare zu neuen kommunalpolitischen Herausforderungen sollen amtierende und zukünftige Kommunalpolitiker dabei unterstützen.

### Erfolgreich kandidieren – Politik vermitteln!

**10.–12. November 2017**  
**Margetshöchheim**  
Projekt-Nr. 03/07/17/619  
Teilnehmerbeitrag: € 70,-

### Umgang mit der politischen Opposition und der digitale Wahlkampf

**24.–25. November 2017**  
**Ingolstadt**  
Projekt-Nr. 03/07/17/618  
Teilnehmerbeitrag: € 35,-

## ► SEMINARE ZUM ERSCHLIESSUNGS- BEITRAGSRECHT FÜR BEDIENSTETE DER KOMMUNAL- VERWALTUNGEN

Die Seminare im Bereich Erschließungs- und Straßenausbaubeitragsrecht wenden sich an die Sachbearbeiter der Kommunalverwaltungen.

### Grundkurs Straßenausbaubeitragsrecht

**15.–17. Oktober 2017**  
**Neumarkt i. d. Opf.**  
Projekt-Nr. 03/07/17/610  
Teilnehmerbeitrag: € 110,-

### Aufbaukurs Erschließungs- und Straßenausbaubeitragsrecht

**17.–20. Oktober 2017**  
**Neumarkt i. d. Opf.**  
Projekt-Nr. 03/07/17/611  
Teilnehmerbeitrag: € 165,-

 [www.facebook.com/HannsSeidelStiftung](http://www.facebook.com/HannsSeidelStiftung)

 [www.twitter.com/HSSde](http://www.twitter.com/HSSde)

 [www.youtube.com/HannsSeidelStiftung](http://www.youtube.com/HannsSeidelStiftung)

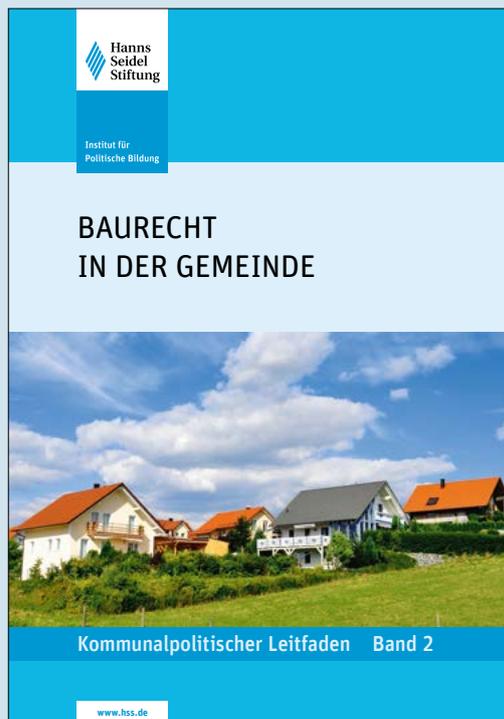
Anmeldungen unter: [www.hss.de/veranstaltungen](http://www.hss.de/veranstaltungen)

Ansprechpartner für Rückfragen: Giovanni Sammataro | Tel. (089) 12 58-299 | Fax (089) 12 58-338 | E-Mail: [ref0307@hss.de](mailto:ref0307@hss.de)

# KOMMUNALPOLITISCHE LEITFÄDEN DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG

Leitfäden werden mit dem Ziel herausgegeben, Ehrenamtliche bei der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben zu unterstützen. Die Kommunalpolitischen Leitfäden liegen in vier Bänden vor.

Rufen Sie [www.hss.de/publikationen](http://www.hss.de/publikationen) auf und geben Sie als Suchbegriff „Kommunalpolitik“ ein. Unsere Leitfäden geben Orientierung bei Vorbereitung und Ausübung eines kommunalpolitischen Ehrenamtes. Sie ergänzen unser einschlägiges Seminarangebot (s. Vorderseite).



# 18



**LGAI**

**PRÜF-  
STATIK**

**BAUWERKS-  
MONITORING**

**BRAND-  
SCHUTZ**

**ENERGIE**

**MATERIAL-  
PRÜFUNG**



Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 Fr	1 Mo Neujahr	1 Do	1 Do	1 Ostersonntag	1 Di Maifeiertag	1 Fr	1 So	1 Mi	1 Sa	1 Mo KW 40	1 Do Allerheiligen	1 Sa	1 Di Neujahr
2 Sa	2 Di KW 1	2 Fr	2 Fr	2 Ostermontag	2 Mi	2 Sa	2 Mo KW 27	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr	2 So	2 Mi KW 1
3 So	3 Mi	3 Sa	3 Sa	3 Di KW 14	3 Do	3 So	3 Di	3 Fr	3 Mo KW 36	3 Mi Tag d. Dt. Einheit	3 Sa	3 Mo KW 49	3 Do
4 Mo KW 49	4 Do	4 So	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo KW 23	4 Mi	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So	4 Di	4 Fr
5 Di	5 Fr	5 Mo KW 6	5 Mo KW 10	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo KW 45	5 Mi	5 Sa
6 Mi	6 Sa Hl. Drei Könige	6 Di	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo KW 32	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So Hl. Drei Könige
7 Do	7 So	7 Mi	7 Mi	7 Sa	7 Mo KW 19	7 Do	7 Sa	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo KW 2
8 Fr	8 Mo KW 2	8 Do	8 Do	8 So	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Sa	8 Mo KW 41	8 Do	8 Sa	8 Di
9 Sa	9 Di	9 Fr	9 Fr	9 Mo KW 15	9 Mi	9 Sa	9 Mo KW 28	9 Do	9 So	9 Di	9 Fr	9 So	9 Mi
10 So	10 Mi	10 Sa	10 Sa	10 Di	10 Do Himmelfahrt	10 So	10 Di	10 Fr	10 Mo KW 37	10 Mi	10 Sa	10 Mo KW 50	10 Do
11 Mo KW 50	11 Do	11 So	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo KW 24	11 Mi	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr
12 Di	12 Fr	12 Mo KW 7	12 Mo KW 11	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo KW 46	12 Mi	12 Sa
13 Mi	13 Sa	13 Di Fastnacht	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo KW 33	13 Do	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So
14 Do	14 So	14 Mi	14 Mi	14 Sa	14 Mo KW 20	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo KW 3
15 Fr	15 Mo KW 3	15 Do	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi	15 Sa	15 Mo KW 42	15 Do	15 Sa	15 Di
16 Sa	16 Di	16 Fr	16 Fr	16 Mo KW 16	16 Mi	16 Sa	16 Mo KW 29	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi
17 So	17 Mi	17 Sa	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So	17 Di	17 Fr	17 Mo KW 38	17 Mi	17 Sa	17 Mo KW 51	17 Do
18 Mo KW 51	18 Do	18 So	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo KW 25	18 Mi	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr
19 Di	19 Fr	19 Mo KW 8	19 Mo KW 12	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo KW 47	19 Mi	19 Sa
20 Mi	20 Sa	20 Di	20 Di	20 Fr	20 Pfingstsonntag	20 Mi	20 Fr	20 Mo KW 34	20 Do	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So
21 Do	21 So	21 Mi	21 Mi	21 Sa	21 Pfingstmontag	21 Do	21 Sa	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo KW 4
22 Fr	22 Mo KW 4	22 Do	22 Do	22 So	22 Di KW 21	22 Fr	22 So	22 Mi	22 Sa	22 Mo KW 43	22 Do	22 Sa	22 Di
23 Sa	23 Di	23 Fr	23 Fr	23 Mo KW 17	23 Mi	23 Sa	23 Mo KW 30	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr	23 So	23 Mi
24 So Heiligabend	24 Mi	24 Sa	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 Mo KW 39	24 Mi	24 Sa	24 Mo Heiligabend	24 Do
25 Mo Weihnachten	25 Do	25 So	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo KW 26	25 Mi	25 Sa	25 Di	25 Do	25 So	25 Di Weihnachten	25 Fr
26 Di Weihnachten	26 Fr	26 Mo KW 9	26 Mo KW 13	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo KW 48	26 Mi Weihnachten	26 Sa
27 Mi KW 52	27 Sa	27 Di	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo KW 35	27 Do	27 Sa	27 Di	27 Do KW 52	27 So
28 Do	28 So	28 Mi	28 Mi	28 Sa	28 Mo KW 22	28 Do	28 Sa	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo KW 5
29 Fr	29 Mo KW 5		29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi	29 Sa	29 Mo KW 44	29 Do	29 Sa	29 Di
30 Sa	30 Di		30 Fr Karfreitag	30 Mo KW 18	30 Mi	30 Sa	30 Mo KW 31	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi
31 So Silvester	31 Mi		31 Sa		31 Do Fronleichnam		31 Di	31 Fr		31 Mi		31 Mo Silvester	31 Do



## PRÜF- STATIK

150 hoch qualifizierte Ingenieure sind heute in der Prüfstatik tätig.

Zu ihren Aufgaben gehören die Prüfung von Standsicherheitsnachweisen und Konstruktionsplänen, die stichprobenartige Überwachung der Bauausführung und die Erstellung von Gutachten.

### Die Fachrichtungen

- Metallbau
- Holzbau
- Massivbau

### Typenprüfungen

- Gültig in allen Bundesländern

### Spezialgebiete

- Brückenbau
- Glaskonstruktionen
- Kunststoffkonstruktionen
- Historische Bauten
- Fliegende Bauten
- Windenergieanlagen

## BAUWERKS- MONITORING

Unsere Ingenieure sind unterwegs für eine fortlaufende messtechnische, Sensor gestützte Überwachung und Bewertung des Zustandes von Bauwerken.

### Bauwerksmonitoring

- Kontrollierte Bauwerksnutzung
- Frühwarnsystem vor kritischen Zuständen
- Erkenntnisgewinn über Einwirkungs-, Beanspruchungsgrößen, Ist-Bauwerkszustand
- Ableitung gezielter Maßnahmen zum Weiterbetrieb des Bauwerks
- Verlängerung der Restnutzungsdauer

### Spezialgebiete u.a.

- Gebäude
- Windkraftanlagen
- Brücken und Tunnel
- Dämme und Stützmauern
- historische Bauwerke

## BRAND- SCHUTZ

Brandschutz schützt Leben. Wir unterstützen Sie dabei.

### Feuerwiderstand von Bauarten und Bauprodukten

- Feuerwiderstand aktueller und historischer Bauarten, wie z.B. hochfeste Stützen, Rippendecken
- Feuerwiderstand unregelter Bauprodukte, z.B. für Zulassungen

### Brandschutznachweise

- Integrale Brandschutznachweise für Bestand und Neubau
- Wirksame und angemessene Lösungen für Kompensationen
- Moderne Verfahren, wie z.B. Naturbrandsimulation

### Forschung und Normung

- Normungsarbeit im DIN
- Anwendungsforschung, z.B. Tabellen zur Stützenbemessung

## ENERGIE

Aktives Energiemanagement in der Kommune mit dem LGA Cockpit.

### Cockpit Check

- Übersicht der Energieverbräuche und -kosten
- Anwendung von Energieinformationen in der Praxis
- Empfehlungen zur Gestaltung des lokalen Energiemarkts
- Handlungsempfehlungen zum strategischen Energiemanagement

### Cockpit Portal

- Effektives Energiecontrolling über Online-Portal
- Aussagekräftige Auswertungen, Berichte und Maßnahmenempfehlungen
- Integriertes Vertrags-, Anlagen- und Gebäudemanagement
- Fachliche Unterstützung bei allen energierelevanten Fragen

## MATERIAL- PRÜFUNG

Gutachten, auch versuchsgestützt, werden von unserem Materialprüfungsamt erstellt. Dazu gehört auch eine, vom DIBt anerkannte, **Glasprüfstelle**.

### Materialprüfung

- Aufspannfeld für Zug- und Druckprüfung bis 1MN
- Unterstützung zur Erlangung von Bauaufsichtlichen Zulassungen
- EBA-Sachverständigenanerkennung im Grundbau
- Grund- und Spezialtiefbau
- Auditierung von Laboren im Auftrag der DAkkS

### Spezialgebiete

- Anerkennung für Bauwerksuntersuchungen nach DIN 1076
- Anerkennung für Erschütterungsschutzuntersuchungen nach DIN 4150
- Anerkennung für Beweissicherungen nach DIN 4123